Verlagsbeilage

Wohlstand, Wohlstand, Wohlstand

Was ihn schafft, was ihn gefährdet.



SARA SPARASCIO/NZZ STORY LAB

CH-8021 Zürich · Telefon +41 44 258 16 98 · nzzone.ch

Wohlstand, Wohlstand, Wohlstand

Wohlstand wird gern verwaltet, verteilt und verteidigt. Bevor man ihn verteilen kann, muss ihn jemand schaffen. Ein paar Bemerkungen – aus unternehmerischer Sicht.

CHRISTOPH A. SCHALTEGGER, RENÉ SCHEU, LARS P. FELD UND PETER A. FISCHER

Wer ein Wort dreimal sagt, beschwört es. Tony Blair hat das im Jahr 1996 vorgemacht, als er am Labour-Parteitag auf die Frage nach seinen drei wichtigsten Prioritäten dreimal mit «Bildung» antwortete. Beschwören muss man allerdings nur, was sich nicht von selbst versteht. Der Titel dieser Beilage klingt deshalb nach einer Gewissheit – und verrät doch eine Sorge.

In der politischen Debatte erscheint Wohlstand meist als Bestand. Man verwaltet ihn, verteilt ihn um, streitet über gerechte Anteile. Die Frage, woher er kommt, gilt als erledigt. Margaret Thatcher hat sie im Jahr 1983 mit einer Schärfe beantwortet, die manche bis heute verstimmt: «There is no such thing as public money; there is only taxpayers' money.»

Erst schaffen, dann verteilen

Was immer der Staat ausgibt, muss er irgendwann einnehmen – durch Zwang. Daran ändert auch die direkte Demokratie nichts: Abstimmen lässt sich über die Höhe der Steuer, nicht aber über die Pflicht, sie zu bezahlen. Und was immer der Staat einnehmen kann, muss zuvor in der freien Wirtschaft verdient worden sein. Am Anfang der Kette stehen also weder Behörden noch Budgets, sondern Menschen, die freiwillig das tun, was wir Marktwirtschaft nennen. Sie kaufen, verkaufen, investieren und setzen ihre Fähigkeiten ein, damit andere davon einen Nutzen ziehen können.

Der schwedische Ökonom **Daniel Waldenström (Seite 12)** bringt dies in seinem Beitrag auf eine schlichte Regel: Einkommen und Gewinne entstehen vor ihrer Besteuerung, nicht danach. Wer Steuern schätze, sollte deshalb Gewinne schätzen. Die Gegenposition nennt er «Ex-post-Ökonomie»: Sie behandelt erfolgreiche Unternehmen, als wären sie eine Vermögensmasse, die nur noch aufzuteilen sei – mit potenziell verheerenden Folgen.

Wohlstand ist folglich nie gegeben, sondern das Ergebnis erfolgreichen wirtschaftlichen Handelns. Er will jeden Tag neu erarbeitet sein, zuerst von jenen, die «skin in the game» haben: von Unternehmern, die auf eigenes Risiko investieren, Löhne zahlen, bevor sie einen Franken verdient haben, und für ihre Irrtümer selbst haften. Sie ziehen den Karren – und tragen die Hauptlast in der Finanzierung des Staates, der ihnen gern vorschreibt, wie sie zu ziehen haben. **Nicola Leibinger-Kammüller (Seite 6)**, Chefin des Familienunternehmens Trumpf, mahnt im Gespräch, Deutschland müsse wieder begreifen, dass wirtschaftlicher Erfolg die Grundlage des Wohlstands sei. Ihre Devise: «Vorschriften runter und Ärmel hoch.» **Lars P. Feld (Seite 9)** vom WEI erläutert, warum die deutsche Wirtschaftspolitik Reformen braucht – damit Unternehmen wieder Lust an Investitionen und Innovationen haben. Die staatlichen Ausgabenprogramme drohen vielmehr zu einem konjunkturellen Strohfeuer zu werden.

Ob eine Gesellschaft das begreift, ist weniger eine Frage der Ökonomie als der gelebten Kultur. Sie entscheidet, ob die Menschen zur Eigenverantwortung neigen oder zum Etatismus, also zum Glauben an den Staat als Allproblemlöser. Dieser Glaube ist erstaunlich robust. **Melanie Häner-Müller und Christoph A. Schaltegger (Seite 5)** vom IWP zeigen, dass der Wohlstand in der Schweiz breit ankommt und die Einkommensverteilung seit 100 Jahren stabil ist. Dennoch hat sich der Anteil jener, die stark nach staatlicher Umverteilung rufen, zwischen 1987 und 2019 fast verdoppelt.

Dabei ist derselbe Staat, dem man alles zutraut, vielerorts selbst zum Problem geworden. Er verschuldet sich auf Kosten jener, die noch nicht abstimmen können. Wie teuer der Bruch dieses Generationenvertrags werden kann, zeigt der Historiker **Jörn Leonhard (Seite 8)** am Beispiel Weimar: Der Staat entledigte sich seiner Kriegsschulden durch Inflation, die Ersparnisse des Bürgertums lösten sich auf – und mit ihnen das Vertrauen in die Demokratie.

Der Staat wächst zudem nicht nur über Ausgaben, sondern über Regeln. Die Ökonomen **Simon Lüchinger und Mark Schelker (Seite 10)** belegen, dass die Gesetzgebung um rund die Hälfte zunimmt, wo Kantone das obligatorische Referendum abschaffen. Der argentinische Deregulierungsminister **Federico Sturzenegger (Seite 13)** berichtet derweil von einem realen Experiment, wie man eine Volkswirtschaft in Schieflage reformiert. Das Land hat unter Javier Milei Tausende Vorschriften mit der Kettensäge beseitigt. Die Schweiz braucht keine Kettensäge – eine Gartenschere, regelmässig benutzt, täte es auch.



Die Autoren und die Autorin dieser Beilage: (hintere Reihe von links) Gabriel Felbermayr, Federico Sturzenegger, Daniel Waldenström, (in der Mitte von links) Christoph A. Schaltegger, Melanie Häner-Müller, René Scheu, Lars P. Feld, (vordere Reihe von links) Jörn Leonhard, Simon Lüchinger, Mark Schelker. SARA SPARASCIO/ NZZ STORY LAB

Was immer der Staat einnehmen kann, muss zuvor in der freien Wirtschaft verdient worden sein.

Worauf beruht der Erfolg der Schweiz? Auf Fleiss, auf dem Wettbewerb der Kantone, auf einer Berufsbildung nahe an der Wirtschaft, auf tiefen Staatsschulden. Kurz: auf allem, was nach einem anstrengenden Leben klingt. Vielleicht lebt darin bis heute der Geist von Berglern und Bauern fort, die wissen, dass der Ertrag nicht vom Himmel fällt. Er verlangt dauernde Pflege, «cultura» im römischen Sinn: Das lateinische «colere» meint das Bebauen des Ackers, lange bevor damit die Pflege des Geistes gemeint war. Dass sich die Mühe lohnt, belegen Häner-Müller und Schaltegger mit einer Zahl, die man sich merken sollte: Von den Kindern aus dem ärmsten Fünftel schaffen es in der Schweiz rund 12 Prozent ins oberste, in den USA knapp 8 Prozent. Der amerikanische Traum wird eher hierzulande wahr. Offene Märkte gehören dazu. Wie sich der Freihandel in einer Welt der Erpressung behaupten lässt, erörtert ein weiterer Beitrag von **Gabriel Felbermayr (Seite 11)**.

Jeden Tag neu erarbeiten

Bundespräsident **Guy Parmelin (Seite 3)**, gelernter Landwirt und Weinbauer, kennt diese Logik aus eigener Anschauung. Im Interview nennt er als grösste Stärke der Schweiz «das Zusammenspiel von Stabilität, Offenheit und Innovationskraft». Und er fügt an: «Die grösste Schwäche – oder Gefahr – liegt aus meiner Sicht in einer gewissen Selbstzufriedenheit.» Wohlstand, so Parmelin, sei kein Erbe, das sich von allein vermehre.

Goethe hat dafür zwei Verse gefunden, die man über den Eingang des Bundeshauses meisseln könnte: «Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.» Der Wohlstand von heute verdankt sich der Arbeit unserer Eltern. Wir schulden ihnen Dank, und die angemessene Form dieses Dankes ist nicht der Genuss des Erbes, sondern seine Erneuerung: Wohlstand schaffen für unsere Kinder, so zuversichtlich wie mutig. Wohlstand, Wohlstand, Wohlstand – das ist keine Beschwörung. Es ist ein Arbeitsprogramm für jeden Einzelnen.

Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger ist Direktor des IWP, Dr. René Scheu ist Geschäftsführer des IWP, Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld ist Direktor des WEI und Dr. Peter A. Fischer ist Chefökonom der NZZ. Die vier Autoren zeichnen als «Herausgeber» für den Inhalt dieser Verlagsbeilage verantwortlich.

IWP

Das Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern hat sich Ende 2021 der Öffentlichkeit vorgestellt. Es forscht zur Schweizer Wirtschaftspolitik – zu Ungleichheit, Sozialpolitik, Fiskalpolitik und zu politischen Institutionen. Das IWP nimmt eine Brückenfunktion zwischen Wissenschaft und Gesellschaft ein und will zur gesellschaftlichen Meinungsbildung beitragen. Dazu vermittelt es seine Forschung über digitale Kanäle und veranstaltet öffentliche Vorlesungen mit international renommierten Forschern.

Mehr über das IWP erfahren

WEI

Das Walter Eucken Institut (WEI) an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau ist ein deutsches Wirtschaftsforschungsinstitut, benannt nach dem Ökonomen Walter Eucken (1891–1950). Es fördert die Prinzipien der Freiburger Schule, welche die Bedeutung von wirtschaftlicher Freiheit und fairem Wettbewerb betont. Das Institut ist der sozialen Marktwirtschaft und der Ordnungsökonomik verpflichtet und forscht zu Themen wie Finanzpolitik, Wettbewerbspolitik, Sozialpolitik, Geldpolitik, Institutionen und Dogmengeschichte.

Mehr über das WEI erfahren

IMPRESSUM

Wohlstand, Wohlstand, Wohlstand ist eine Verlagsbeilage von NZZone in Kooperation mit dem IWP und dem WEI. Beilagen werden nicht von der Redaktion produziert, sondern von unserem Dienstleister für journalistisches Storytelling: NZZ Story Lab.
Hinweis: Verlagsbeilagen sind komplett von einem Kunden finanziert; Redaktionsmitglieder des Unternehmens NZZ arbeiten freiwillig mit. **Konzept:** Christoph A. Schaltegger und René Scheu (IWP), Lars P. Feld (WEI) sowie Peter A. Fischer (NZZ).
Realisation: Norman Bandi. **Layout:** Sara Sparascio. **Verkauf:** Hannes Rothfuss. **Kontakt:** NZZone, c/o Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, +41 44 258 16 98, sales@nzzone.ch, nzzone.ch.

«Wohlstand ist kein Erbe, das sich von allein vermehrt»

Bundespräsident Guy Parmelin warnt im Gespräch mit Christoph A. Schaltegger und René Scheu vor Selbstzufriedenheit: Die Schweiz müsse ihre Produktivität steigern, den Arbeitsmarkt flexibel halten und ihre Offenheit trotz geopolitischer Spannungen bewahren.

Herr Bundespräsident, wenn Sie auf die Schweiz von heute blicken: Leben wir noch vom Wohlstand, den wir schaffen, oder zunehmend von dem, den frühere Generationen aufgebaut haben?
Sicher profitieren wir von einem starken Fundament, das frühere Generationen gelegt haben: stabile Institutionen, Rechtssicherheit, eine starke Berufsbildung und eine Kultur der Eigenverantwortung. Aber Wohlstand ist kein Erbe, das sich von allein vermehrt. Jeden Tag schaffen Unternehmen, Arbeitnehmende, Forschende und Lernende neuen Wert. Gerade in einem Land ohne bedeutende Rohstoffe basiert Wohlstand auf Bildung, Leistung, Innovation und Offenheit. Deshalb müssen wir die Erfolgsfaktoren, die uns stark gemacht haben, laufend weiterentwickeln und erneuern.

Wie sieht derzeit die Wachstumsprognose des Bundes für das Jahr 2026 aus?
Wir rechnen mit einem Wachstum von 1,7 Prozent (Anm. d. Red.: gemäss der Konjunkturprognose des Bundes vom September). Dies ist nah am langfristigen Durchschnitt von 1,8 Prozent. Trotz eines herausfordernden internationalen Umfelds, geprägt von grosser Unsicherheit, ist die Schweiz gesamtwirtschaftlich im bisherigen Jahresverlauf substanziell gewachsen. Ein Teil dieses Wachstums geht auf die chemisch-pharmazeutische Branche zurück. Das Wachstum war aber breit über die Branchen hinweg abgestützt. Auch die Konjunkturindikatoren der vergangenen Monate zeigen eine Aufhellung der Lage an. Entscheidend ist auf jeden Fall, dass die Schweiz weiterhin über solide Grundlagen verfügt. Unsere Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Unternehmen investieren, innovieren und Arbeitsplätze schaffen können. Deshalb arbeiten wir an einem neuen Wachstumsbericht, der aufzeigen soll, wie wir die Wettbewerbsfähigkeit stärken und unseren Wohlstand auch mit Blick auf das Jahr 2040 sichern können.

Das Schweizer Wachstum der letzten zwei Jahrzehnte war vor allem Breitenwachstum: mehr Beschäftigte, mehr Zuwanderung. Das Produktivitätswachstum pro Kopf hingegen ist bescheiden. Beunruhigt Sie das?
Diese Einschätzung greift zu kurz. Die Produktivität ist in der Schweiz in den letzten zehn Jahren gewachsen und war der wichtigste Treiber für das Wachstum des Bruttoinlandprodukts pro Kopf. Auch die Zuwanderung ist nicht einfach mit Breitenwachstum gleichzusetzen. Wenn Unternehmen dadurch Fachkräfte finden, die ihnen fehlen, können sie produktiver werden und zusätzliche Wertschöpfung erzielen. Davon profitiert die gesamte Wirtschaft. Natürlich müssen wir gleichzeitig alles daransetzen, unsere Produktivität weiter zu steigern, insbesondere durch Innovation und Digitalisierung, aber auch durch die Stärkung von Wettbewerb und Rahmenbedingungen.

Die Schweiz wird also grösser, aber wird sie auch reicher – pro Kopf und pro Arbeitsstunde?
Die Schweiz gehört weiterhin zu den produktivsten Volkswirtschaften der Welt. Man sollte Produktivitätswachstum und Zuwanderung nicht gegeneinander ausspielen. Ohne genügend qualifizierte Arbeitskräfte bleiben Investitionen aus, Aufträge können nicht erfüllt werden und Innovationen gelangen langsamer auf den Markt. Produktivität entsteht nicht im luftleeren Raum. Unser Ziel muss deshalb sein, beides zu stärken: die Produktivität pro Arbeitsstunde und die Nutzung des Arbeitskräftepotenzials. So sichern wir den Wohlstand pro Kopf langfristig.



Wirtschaftsminister Guy Parmelin amtet 2026 nach 2021 zum zweiten Mal als Bundespräsident. KEYSTONE/PETER SCHNEIDER

«Die Schweiz war immer dann erfolgreich, wenn sie ihre Interessen selbstbewusst vertreten musste und gleichzeitig pragmatische Lösungen mit ihren Partnern gefunden hat.»

Was ist heute die grösste Stärke des Wirtschaftsstandorts Schweiz – und was seine gefährlichste Schwäche?
Die grösste Stärke ist das Zusammenspiel von Stabilität, Offenheit und Innovationskraft. Die Schweiz bietet verlässliche Rahmenbedingungen und ist gleichzeitig eng mit den internationalen Märkten verbunden. Die grösste Schwäche – oder Gefahr – liegt aus meiner Sicht in einer gewissen Selbstzufriedenheit. Wer glaubt, dass die Erfolge von gestern automatisch auch die Erfolge von morgen garantieren, unterschätzt die Dynamik des internationalen Wettbewerbs und die veränderte geopolitische Lage.

Chancen und Gefahren: Wo sehen Sie in den nächsten zehn Jahren das grösste ungenutzte Potenzial der Schweiz? Und welches Risiko unterschätzen wir am meisten – Zölle, Frankenstärke, Deindustrialisierung oder etwas ganz anderes?
Das grösste Potenzial liegt in der Verbindung von Forschung, Unternehmertum und neuen Technologien. Bereiche wie künstliche Intelligenz, Life Sciences, Cleantech oder Präzisionstechnologien bieten enorme Chancen. Das grösste Risiko ist aus meiner Sicht eine zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft. Für ein exportorientiertes Land wie die Schweiz sind offene Märkte und stabile internationale Regeln von zentraler Bedeutung.

Der US-Zollstreit zeigt, wie verletzlich eine kleine offene Volkswirtschaft ist. Was hat die Schweiz aus dieser Episode gelernt – über ihre Abhängigkeiten, aber auch über ihre Widerstandsfähigkeit?
Wir haben gelernt, dass wirtschaftliche Offenheit nie selbstverständlich ist. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass die Schweiz dank ihrer Diversifizierung widerstandsfähig ist. Unsere Exportwirtschaft steht auf mehreren starken Pfeilern und ist in zahlreichen Weltregionen präsent. Das bestätigt die Bedeutung einer aktiven Aussenwirtschaftspolitik und eines breiten Netzes von Freihandelsabkommen.

Zur Verteilung: Die Schweiz gehört bei den verfügbaren Einkommen zu den egalitärsten Ländern der OECD, die Mittelschicht ist breit und stabil. Trotzdem dominiert in der öffentlichen Debatte das Gefühl, der Wohlstand komme nicht mehr bei allen an – Stichworte wie Mieten, Krankenkassenprämien, Kaufkraft. Wie erklären Sie sich diese Diskrepanz zwischen Statistik und Stimmung?
Die Mittelschicht in der Schweiz ist breit und verfügt im internationalen Vergleich über ein hohes Einkommen. Tatsächlich haben aber ihre finanziellen Belastungen tendenziell zugenommen. Die steigenden Krankenkassenprämien spielen dabei eine Rolle, auch Wohn- und Energiekosten sind in den letzten Jahren teils stärker angestiegen als die Löhne. Zwar erhöhten sich die Reallöhne letztes Jahr ausserordentlich stark, und auch für dieses Jahr ist mit einem leichten Zuwachs zu rechnen. Doch die Reallohnverluste der Vorjahre werden damit noch nicht vollständig aufgeholt. Höhere Reallöhne bedeuten deshalb nicht, dass jeder Haushalt mehr finanziellen Spielraum hat. Das müssen wir ernst nehmen.

Ist die Verteilungsfrage in der Schweiz ein Problem der Einkommen – oder eher ein Problem der staatlich administrierten Kosten, die den Haushalten davonlaufen?
Für die Kaufkraft zählen steigende Einkommen ebenso wie tragbare Kosten. Nachhaltig stärken wir die Kaufkraft durch höhere Produktivität, die Spielraum für bessere Löhne schafft, auf der einen Seite und den Abbau vermeidbarer Kosten auf der anderen. Bei Ausgaben, denen Haushalte kaum ausweichen können, ist die Politik besonders gefordert. Staatliche Vorgaben können Marktmacht begrenzen und die Grundversorgung sichern, sie können aber auch den Wettbewerb behindern. Wo mehr Wettbewerb und effizientere Regeln entlasten können, müssen wir ansetzen.

Die traditionellen Standortstärken der Schweiz heissen Verlässlichkeit, Rechtssicherheit, Pragmatismus. Sind das noch Alleinstellungsmerkmale oder zehren wir hier von einem Ruf, den wir schleichend verspielen?
Diese Qualitäten sind heute wichtiger denn je. In einer Welt zunehmender Unsicherheit suchen Unternehmen nach Stabilität und Berechenbarkeit. Die Schweiz steht wie kaum ein anderes Land für diese Werte. Aber Reputation ist nichts Selbstverständliches. Verlässlichkeit, Rechtssicherheit und Pragmatismus müssen sich auch in unseren politischen Entscheidungen zeigen. Sonst riskieren wir, genau jene Stärken zu schwächen, die uns erfolgreich gemacht haben.

Sie sind seit über einem Jahrzehnt im Bundesrat. Ist das politische System der Schweiz heute noch so entscheidungsfähig wie zu Beginn Ihrer Amtszeit oder wird der Pragmatismus zunehmend von Blockaden und Symbolpolitik verdrängt?
Unser politisches System baut darauf, möglichst viele Akteure einzubinden. Das braucht manchmal Zeit, erhöht aber die Legitimität und Stabilität von Entscheidungen. Ich glaube, dass unsere Institutionen weiterhin gut funktionieren. Der Wille, tragfähige Lösungen zu finden, ist nach wie vor vorhanden.

Die direkte Demokratie zwingt die Politik zur Mässigung und disziplinziert die Staatsausgaben – so die klassische Lesart. Braucht es das Finanzreferendum auf Bundesebene?
Die direkte Demokratie ist ein zentraler Erfolgsfaktor der Schweiz. Sie sorgt für

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

breite Abstützung und stärkt das Vertrauen in die Institutionen. Gleichzeitig verfügen wir mit der Schuldenbremse über ein sehr wirksames Instrument zur Sicherung tragfähiger Staatsfinanzen. Darauf sollten wir weiterhin grossen Wert legen.

Der Föderalismus lebt vom Wettbewerb der Kantone – um Steuerzahler, um gute Lösungen, um Talente. Beobachten Sie eine schleichende Zentralisierung?
Der Föderalismus gehört zum Erfolgsmodell der Schweiz. Tatsächlich gibt es Tendenzen zur Zentralisierung, die man aufmerksam beobachten muss. Die Stärke unseres Systems liegt gerade darin, dass Lösungen möglichst nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden. Die Schweiz tut gut daran, diesen Grundsatz zu erhalten.

Sicherheit ist eine Wohlstandsvoraussetzung, die lange gratis schien. Die Welt ist eine andere geworden. Was bedeutet die neue geopolitische Lage für ein Land, dessen Geschäftsmodell auf Offenheit, Neutralität und Berechenbarkeit beruht?
Die geopolitischen Veränderungen führen uns vor Augen, dass Stabilität nicht selbstverständlich ist. Für die Schweiz bedeutet dies, ihre Interessen aktiv zu vertreten, ihre wirtschaftlichen Beziehungen breit abzustützen und ihre Resilienz zu stärken.

Die Schweiz war immer ein Land der Arbeit: hohe Erwerbsbeteiligung, Milizgeist, Berufsethos. Sehen Sie diese Arbeitskultur unter Druck – etwa durch Teilzeittrends und die Anspruchshaltung gegenüber dem Staat?
Die Arbeitswelt verändert sich und damit auch die Erwartungen der Menschen. Trotzdem sehe ich weiterhin eine hohe Leistungsbereitschaft. Beim Besuch von Berufsmeisterschaften war ich von unseren jungen Berufsleuten immer wieder stark beeindruckt. Die Schweiz weist eine der höchsten Erwerbsquoten weltweit auf. Entscheidend ist, dass Arbeit attraktiv bleibt und dass wir den Wert von Eigenverantwortung und Unternehmergeist bewahren.

Als Waadtländer Weinbauer im Bundesrat verkörpern Sie selbst ein Stück schweizerischen Pragmatismus. Was hat Sie Ihre unternehmerische Herkunft für die Wirtschaftspolitik gelehrt, das man in Bern sonst nicht lernt?
Wer selbst einen Betrieb geführt hat, weiss, dass jede politische Entscheidung konkrete Auswirkungen auf Investitionen, Arbeitsplätze und Familien haben kann. Man lernt, langfristig zu denken, Risiken abzuwägen und Verantwortung zu übernehmen. Diese Perspektive hilft mir bis heute in der politischen Arbeit.

Der flexible Arbeitsmarkt ist das vielleicht wichtigste Kapital der Schweiz. Wo sehen Sie die grössten Gefahren einer schleichenden Regulierung – und was heisst das für die Verhandlungen mit der EU über den Lohnschutz?
Der flexible Arbeitsmarkt ist tatsächlich eine der grossen Stärken unseres Landes. Deshalb müssen wir darauf achten, dass neue Regulierungen sorgfältig geprüft werden. Gleichzeitig ist der Lohnschutz für die Schweiz zentral. Unsere Aufgabe besteht darin, beide Ziele miteinander zu vereinbaren: Wettbewerbsfähigkeit und faire Arbeitsbedingungen. Das Massnahmenpaket zur Sicherung des Lohnschutzes im Rahmen des Pakets Schweiz–EU ist deshalb gezielt ausgerichtet auf Bereiche, in denen Handlungsbedarf besteht, und schränkt den flexiblen Arbeitsmarkt nicht ein.



Bundesrat Guy Parmelin ist seit 2019 Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF). KEYSTONE/PETER SCHNEIDER

Die Demografie wird den Arbeitsmarkt in den 2030er Jahren fundamental verändern. Braucht es ein höheres Rentenalter, mehr Zuwanderung, höhere Erwerbsquoten – oder alles zusammen? Und was davon ist politisch mehrheitsfähig?
Es wird nicht die eine simple Lösung geben. Wir müssen die Potenziale im Inland besser nutzen, die Erwerbsbeteiligung weiter stärken und für gute Rahmenbedingungen sorgen, damit erfahrene Arbeitskräfte länger im Erwerbsleben bleiben. Gleichzeitig wird die Schweiz auch in Zukunft auf qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen sein. Welche Lösungen politisch mehrheitsfähig sind, wird die demokratische Diskussion zeigen.

Zur Finanzpolitik: Der Bundeshaushalt steht trotz Schuldenbremse unter Druck: Armee, AHV, Prämienverbilligung – alles wächst. Wo muss der Bund den Rotstift ansetzen?
Es geht weniger um einen pauschalen Rotstift als um konsequente Prioritätensetzung. Die Ansprüche an den Bund wachsen laufend. Umso wichtiger ist es, Ausgaben regelmässig auf ihre Wirkung zu überprüfen und vorhandene Mittel möglichst effizient einzusetzen.

Die Schuldenbremse gerät von links wie rechts unter Beschuss – die einen wollen sie für Soziales lockern, die anderen für die Armee. Wie fest steht der Bundesrat zu diesem Erfolgsmodell?
Die Schuldenbremse ist eines der erfolgreichsten wirtschaftspolitischen Instrumente der Schweiz. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, dass wir im internationalen Vergleich über gesunde öffentliche Finanzen verfügen. Dies trägt auch zu unserer Stabilität bei. Deshalb steht der Bundesrat weiterhin klar zu diesem Grundsatz.

Ihr Departement trägt Bildung und Forschung im Namen. Die Berufsbildung gilt als Schweizer Trumpf, zugleich klagen Unternehmen über Fachkräftemangel. Wo liegt die bildungspolitische Priorität der nächsten Legislatur?
Die Schweiz will ein qualitativ hochwertiges, durchlässiges und zukunftsfähiges Bildungssystem erhalten. Ein Schwerpunkt liegt darin, die Attraktivität der Berufsbildung zu stärken, die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen zu fördern und damit einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs zu leisten. Die Roadmap «Attraktivität der Berufsbildung» bündelt dazu Massnahmen bis 2028, mit dem Ziel, Jugendliche und Erwachsene weiterhin für die Berufsbildung zu gewinnen. Bereits umgesetzt haben wir Massnahmen für die höhere Berufsbildung, unter anderem mit direkten Bundesbeiträgen für Absolvierende sowie mit den Titelzusätzen «Professional Bachelor» und «Professional Master».

Die Schweiz lebt vom Export und erlebt gerade, wie schnell offene Märkte politisch geschlossen werden können. Was ist Ihre Antwort: Diversifikation über neue Freihandelsabkommen?
Ja. Diversifikation ist ein wichtiger Teil der Antwort. Die Schweiz muss ihre wirtschaftlichen Beziehungen breit aufstellen. Deshalb setzen wir uns für den Abschluss von neuen und die Optimierung von bestehenden Freihandelsabkommen ein. Je vielfältiger unsere wirtschaftlichen Partnerschaften sind, desto widerstandsfähiger wird die schweizerische Wirtschaft.

Die Bilateralen III werden die Schweiz vor eine Grundsatzentscheidung stellen. Wie erklären Sie einem skeptischen Stimmbürger, dass institutionelle Anbindung und Souveränität kein Widerspruch sind – oder sind sie es am Ende doch?
Die Schweiz war immer dann erfolgreich, wenn sie ihre Interessen selbstbewusst vertreten musste und gleichzeitig pragmatische Lösungen mit ihren Partnern gefunden hat. Die Frage ist nicht Souveränität oder Zusammenarbeit. Die Frage ist, wie wir unseren Handlungsspielraum wahren und gleichzeitig den Zugang zu unserem wichtigsten Markt gewährleisten. Darüber wird das Parlament und letztlich voraussichtlich die Bevölkerung entscheiden. Mit dem Paket Schweiz–EU unterbreitet der Bundesrat eine ausgewogene Vorlage.

Zum Schluss: Im Jahr 2050 blicken Ihre Nachfolger auf die 2020er Jahre zurück. Was sollen sie sagen können – was hat Ihre Generation von Politikern für den Wohlstand der Schweiz getan?
Ich hoffe, unsere Nachfolger und Nachfolgerinnen können sagen, dass wir vorausschauend gehandelt und verschiedene Krisen gemeistert haben. Dass wir die öffentlichen Finanzen stabil gehalten, in Bildung, Forschung und Innovation investiert, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen gestärkt und die Offenheit der Schweiz bewahrt haben. Mit anderen Worten: Dass wir die Voraussetzungen geschaffen haben, damit auch kommende Generationen ihren Wohlstand selbst erarbeiten können.

Zur Person

Guy Parmelin wurde am 9. November 1959 in Bursins (VD) geboren. Nach seiner Berufslehre als Landwirt erhielt er 1979 das Diplom der Landwirtschaftsschule in Marcelin (VD). 1985 erhielt er den eidgenössischen Fachausweis Betriebsleiter Weinbau. 1993 trat der Romand in die Politik ein. Von 1994 bis 2003 war er Mitglied des Grossen Rates des Kantons Waadt. Danach zog er in den Nationalrat. Am 9. Dezember 2015 wählte die Vereinigte Bundesversammlung Guy Parmelin in den Bundesrat. Von Januar 2016 bis Dezember 2018 stand er dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) vor. Seit Januar 2019 ist er Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF). 2021 war er, 2026 ist er Bundespräsident. Ende Jahr tritt der 67-Jährige zurück.

«Die grösste Schwäche – oder Gefahr – liegt aus meiner Sicht in einer gewissen Selbstzufriedenheit. Wer glaubt, dass die Erfolge von gestern automatisch auch die Erfolge von morgen garantieren, unterschätzt die Dynamik des internationalen Wettbewerbs und die veränderte geopolitische Lage.»

Wohlstand, der ankommt

In vielen Ländern Europas gehen Menschen gegen hohe Lebenshaltungskosten auf die Strasse. Auch in der Schweiz wird über die Kaufkraft diskutiert. Doch die Daten zeigen: Hierzulande kommt der Wohlstand breit an.

MELANIE HÄNER-MÜLLER UND CHRISTOPH A. SCHALTEGGER

In Frankreich haben Hunderttausende gegen die hohen Lebenshaltungskosten protestiert. Auch in Italien und Belgien entlädt sich der Unmut über die wirtschaftliche Lage immer wieder auf der Strasse. Die Lebensmittelpreise in der EU sind seit 2021 um gut einen Drittel gestiegen. Viele Menschen haben das Gefühl, dass ihnen vom Wohlstand immer weniger bleibt.

Auch in der Schweiz ist die Kaufkraft zum Thema geworden. Nach fast drei Jahrzehnten weitgehend stabiler Preise ist deren Niveau innert fünf Jahren um rund 7 Prozent gestiegen. Die Mieten legten um rund 10 Prozent zu, Strom, Heizöl und Gas um fast die Hälfte. Hinzu kommen die Krankenkassenprämien, die im Landesindex der Konsumentenpreise nicht erfasst werden.

Doch wie steht es tatsächlich um den Wohlstand in der Schweiz? Kommt er bei der breiten Bevölkerung noch an? Und können auch jene daran teilhaben, die nicht mit den besten Voraussetzungen ins Leben starten? Drei Befunde geben Anlass zu Zuversicht.

Unter dem Strich bleibt mehr

Erster Befund: Beginnen wir beim Portemonnaie. Die Nominallöhne sind in den letzten fünf Jahren um gut 7 Prozent gestiegen. Im Durchschnitt haben sie die Teuerung damit ungefähr ausgeglichen, auch wenn sich die Entwicklung je nach Branche und Haushalt unterscheidet.

Noch aufschlussreicher ist, was die Haushalte nach Abzug ihrer Ausgaben auf die Seite legen können. Die Haushaltsbudgeterhebung des Bundesamts für Statistik berücksichtigt neben dem Konsum auch Steuern und Krankenkassenprämien. 2024 lag das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen um 668 Franken höher als 2021. Die gestiegenen Kosten für Wohnen, Krankenkassenprämien und Lebensmittel beanspruchten davon nur einen Teil. Unter dem Strich blieben durchschnittlich 1578 Franken pro Monat übrig: 15,1 Prozent des Bruttoeinkommens. Das ist etwas weniger als im Vorjahr, längerfristig aber ein hoher Wert – 2006 waren es erst 9,9 Prozent.

Natürlich gilt das nicht für alle Haushalte im selben Masse. Bei den tiefsten Einkommen übersteigen die Ausgaben häufig die Einnahmen. Rund 60 Prozent dieser Haushalte entfallen allerdings auf Rentner, die von ihrem Ersparten leben. Für Erwerbstätige mit tiefen Einkommen ist der Spielraum kleiner. Doch bereits Haushalte in der Mitte der Einkommensverteilung, mit einem Bruttoeinkommen zwischen rund 7000 und 10000 Franken, legen monatlich im Schnitt gut ein Zehntel ihres Einkommens zur Seite. In der unteren Mitte verfügen zudem drei von vier Personen über genügend Reserven für eine unerwartete Ausgabe von 2500 Franken. Das Bild eines Mittelstands, dem die wirtschaftliche Grundlage wegbricht, geben die Daten nicht her.

Einkommensverteilung stabil

Zweiter Befund: Doch wie ist der Wohlstand verteilt? Der finanzielle Spielraum der Haushalte sagt noch wenig darüber aus, ob die Einkommensunterschiede wachsen. In vielen westlichen Ländern hat sich der Eindruck verfestigt, dass die Reichen immer reicher werden, während die breite Bevölkerung zurückbleibt. In den USA hat die Einkommenskonzentration an der Spitze deutlich zugenommen.

In der Schweiz zeigt sich ein anderes Bild. Seit rund 100 Jahren entfallen etwa 30 Prozent aller Einkommen auf die einkommensstärksten 10 Prozent der Bevölkerung. Das oberste Prozent vereint rund 10 Prozent auf sich. Während die Spitzeneinkommen in den USA seit den 1980er Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen haben, ist ihr Anteil in der Schweiz bemerkenswert stabil gewachsen: 1987 befürwortete etwa jeder Achte eine Verringerung der Einkommensunterschiede durch den Staat stark, 2019 war es beinahe jeder Vierte. Möglicherweise prägen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Debatten im Ausland zunehmend die Wahrnehmung in der Schweiz. Doch die Verhältnisse sind hierzulande anders. Die Schweiz ist weder die USA noch Frankreich.

Aufstieg ist weiterhin möglich

Dritter Befund: Eine stabile Einkommensverteilung allein garantiert allerdings noch keine Chancengleichheit. Entscheidend ist auch, wer die hohen und die tiefen Einkommenspositionen besetzt. Bleiben sie über Generationen hinweg in denselben Familien oder können Kinder unabhängig von ihrer Herkunft aufsteigen?

Die Ergebnisse sind bemerkenswert: In der Schweiz lassen sich im Durchschnitt nur rund 16 Prozent der Einkommensunterschiede auf den familiären Hintergrund zurückführen. In den USA sind es rund 50 Prozent, in Deutschland über 40 Prozent und selbst in Schweden und Norwegen gut 30 Prozent. Damit gehört die Schweiz zu den Ländern mit der höchsten Einkommensmobilität – noch vor den oft als Vorbild genannten skandinavischen Staaten.

Ein weiteres Ergebnis unterstreicht diesen Befund: Von den Kindern aus dem einkommensschwächsten Fünftel schaffen es in der Schweiz rund 12 Prozent ins oberste Fünftel. In den USA sind es knapp 8 Prozent. Der viel beschworene amerikanische Traum wird heute eher in der Schweiz Wirklichkeit als in den USA.

> Der viel beschworene amerikanische Traum wird heute eher in der Schweiz Wirklichkeit als in den USA.

Bei den Bildungschancen ist der familiäre Einfluss in der Schweiz deutlich stärker. Umso wichtiger ist, dass der eingeschlagene Bildungsweg nicht ein für alle Mal über die wirtschaftliche Zukunft entscheidet. Neben den Universitäten eröffnen Lehre, höhere Berufsbildung und Fachhochschulen zusätzliche Möglichkeiten für den beruflichen und sozialen Aufstieg.

Stärken kommen unter Druck

Fazit: Hoher Wohlstand, eine vergleichsweise ausgeglichene Einkommensverteilung und gute Aufstiegschancen – dass die Schweiz diese drei Eigenschaften verbindet, ist keine Selbstverständlichkeit. Vieles spricht dafür, dass ihre über Generationen gewachsenen Institutionen dazu beitragen.

Ein Pfeiler ist das duale Bildungssystem. Es verbindet praxisnahe Ausbildung mit einem frühen Einstieg ins Erwerbsleben, ohne spätere Bildungs- und Karrierewege zu verschliessen. Ein anderer Pfeiler ist der flexible Arbeitsmarkt, der die Anpassung an den Strukturwandel erleichtert und so eine hohe Erwerbsbeteiligung begünstigt. Hinzu kommen Föderalismus und direkte Demokratie. Sie verbinden jene, die über öffentliche Ausgaben entscheiden, eng mit jenen, die sie finanzieren. Schliesslich setzt die subsidiär organisierte Sozialpolitik nicht nur auf Absicherung, sondern auch auf wirtschaftliche Selbständigkeit.

Doch ausgerechnet diese Stärken geraten unter Druck. In mehreren Bereichen drohen die Freiräume enger zu werden, die wirtschaftlichen Aufstieg und breite Teilhabe am Wohlstand ermöglichen.

In der Bildung gewinnt das Gymnasium an Gewicht: Die gymnasiale Maturitätsquote hat sich seit 1980 von rund 10 auf gut 23 Prozent mehr als verdoppelt. Die Berufslehre bleibt zwar mit Abstand der häufigste Weg, doch der Druck in Richtung Gymnasium hält an. Wenn immer mehr Bildungswege auf allgemeinbildende Schulen ausgerichtet werden, könnte die Berufsbildung an Attraktivität verlieren. Für Chancengleichheit ist nicht entscheidend, dass möglichst viele studieren, sondern dass unterschiedliche Bildungswege wirtschaftlichen Erfolg ermöglichen.

Auf dem Arbeitsmarkt unterstehen immer mehr Beschäftigte Gesamtarbeitsverträgen: 2005 waren es rund 1,5 Millionen Angestellte, 2024 bereits gut 2,3 Millionen. Diese Verträge sichern Mindeststandards, begrenzen aber auch die Lohn- und Beschäftigungsflexibilität. Werden Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen zu starr festgelegt, steigen die Einstiegshürden gerade für Menschen mit wenig Berufserfahrung oder nach längeren Erwerbspausen.

Im Föderalismus droht die Verlagerung weiterer Aufgaben und Kompetenzen auf den Bund die kantonalen Handlungsspielräume einzuengen. Schon zwischen 2004 und 2013 zählte der Bundesrat rund 120 Beschlüsse, die dem Bund zusätzliche Kompetenzen oder Einwirkungsmöglichkeiten verschafften. Der Föderalismus erlaubt es, unterschiedliche politische Lösungen zu erproben und voneinander zu lernen. Werden Entscheide vereinheitlicht, schwindet dieser Wettbewerb um bessere Lösungen.

Parallel dazu wächst der Sozialstaat: Während 1990 gut ein Fünftel der Bundesausgaben auf die soziale Wohlfahrt entfiel, ist es heute rund ein Drittel. Die Finanzpolitik leidet an der sozialen Dominanz, deren Budgetpositionen als gesetzlich gebundene Ausgaben Priorität vor den anderen Ausgabenkategorien geniessen. Gerade das Zusammenspiel von Steuern und einkommensabhängigen Leistungen kann dazu führen, dass sich zusätzliche Arbeit kaum lohnt. Fallen etwa Prämienverbilligungen bei zusätzlichem Einkommen abrupt weg, kann einem Haushalt trotz Lohnerhöhung weniger Geld bleiben. Eine Sozialpolitik, die wirtschaftliche Selbständigkeit fördern will, darf den Weg dorthin nicht finanziell unattraktiv machen.

Die Schweizer Erfahrung zeigt: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und breite Teilhabe am Wohlstand können sich gegenseitig stärken. Dafür braucht es Institutionen, die Eigeninitiative belohnen, Aufstieg ermöglichen und subsidiäre Verantwortung stärken. Nur dann wird der Wohlstand auch künftig breit ankommen.



Die Schweizer Erfahrung zeigt: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und breite Teilhabe am Wohlstand können sich gegenseitig stärken. ADOBE STOCK

Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger ist Direktor sowie Ordinarius für Politische Ökonomie und Dr. oec. Melanie Häner-Müller ist Bereichsleiterin Sozialpolitik sowie Bildungsverantwortliche des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern.

«China erinnert uns daran, wie schnell wir bei Innovationen sein müssten»

Nicola Leibinger-Kammüller, CEO des Hochtechnologiekonzerns Trumpf, ist überzeugt, dass Deutschland «mehr Schweiz» wagen sollte. Im Gespräch mit Lars P. Feld und Christoph A. Schaltegger erklärt sie, wie sich Wettbewerb und Wohlstand bedingen. «Es geht um legitime staatliche Impulse, nicht um das Am-Leben-Erhalten von Technologien, die ohne staatlichen Schutz nicht erfolgreich am Markt wären.»

Frau Leibinger-Kammüller, Sie haben im Frühjahr gesagt, die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei so ernst wie nie seit Kriegsende. Zugleich meldet Trumpf steigende Auftragseingänge und spricht von einer Trendwende. Was gilt nun – Strukturkrise oder Erholung?
Tatsächlich sind wir als Firma mit unserem Auftragsbestand nicht unzufrieden. Es handelt sich aber nicht um einen breiten volkswirtschaftlichen Aufschwung. Die Lage am Standort Deutschland bleibt mit Blick auf die hohen Kosten und ungelöste Strukturthemen weiter angespannt, stellenweise ist sie alarmierend. Hinzu kommen geopolitische Unsicherheiten wie Handelskonflikte und Kriege. Mit anderen Worten: Wir sehen durch die steigende Nachfrage nach Halbleitern oder industrieller KI gute Chancen für unser eigenes Geschäft. Insofern gibt es eine Trendwende bei Trumpf, nicht jedoch am Standort Deutschland. Allein durch den Export und die moderate Zunahme der Direktinvestitionen aus dem Ausland können wir unser Land nicht wie Münchhausen am eigenen Schopfe aus dem Morast ziehen.

Ist die deutsche Malaise primär konjunkturell – Energiepreise, schwache Weltnachfrage – oder strukturell: Regulierung, Arbeitskosten, Demografie, Staatsquote? Woran erkennen Sie den Unterschied im eigenen Auftragsbuch?
Sie ist strukturell und konjunkturell. Höhere Löhne und geringere Arbeitszeiten als der Wettbewerb kennzeichnen den Standort. Selbst in der Schweiz können wir mit Blick auf die 42-Stunden-Woche effizienter als in Deutschland fertigen. Hinzu kommen lange Genehmigungsdauern bei Neubauten, eine ausufernde Regulierung, die kostenseitig aus dem Ruder gelaufene Energiewende, neue Lasten durch europäische Klimavorgaben, die hohen Steuern für Unternehmen und Angestellte. Die Krise ist insofern konjunkturell verstärkt, als wir die Innovationskraft und Geschwindigkeit Chinas unterschätzt haben – auch wir bei Trumpf. Das bekommen alle Industriebranchen gleichermassen zu spüren, besonders prominent die Automobilindustrie. Durch die sehr guten Margen in China hat sie lange die deutschen Standorte querfinanziert. Das rächt sich nun. Aber ich bin nicht ohne Optimismus.

Die USA sind für Trumpf erstmals wieder der grösste Einzelmarkt. Was sagt das über den Standort Deutschland – und was über die Sogwirkung der amerikanischen Industriepolitik?
Es zeigt, dass wir als Industrie im Inland um die Nachfrage kämpfen müssen, während die USA eine starke Nachfrage zeigen. Der Hype um Rechenzentren in Amerika hilft uns, obwohl beispielsweise die amerikanische Zollpolitik fraglos kontraproduktiv wirkt und viele westliche Partner wie Kanada oder die EU massiv vor den Kopf stösst. Wichtiger aus Trumpf-Sicht ist: Wir haben in den USA mit Ausnahme einiger japanischer Firmen heute keine inländische Konkurrenz mehr. Die amerikanische Werkzeugmaschinenindustrie im Mittleren Westen, die einmal tonangebend war nach dem Zweiten Weltkrieg, ist, wie die Stahlindustrie und andere vergleichbare Branchen, de facto nicht mehr existent – Billy Joels Song «Allentown» lässt grüssen. Eine historische Entwicklung, die uns in Deutschland im Hinblick auf die produzierende Industrie übrigens schwer zu denken geben muss.

Der deutsche Maschinenbau war jahrzehntelang das Rückgrat des Exportmodells. Erleben wir eine zyklische Delle oder den Anfang einer Deindustrialisierung, wie sie manche Ökonomen diagnostizieren?
Ich würde von einem ernst zu nehmenden Warnschuss sprechen, den wir hören müssen. Es gibt Branchen, in denen man nicht von einer Deindustrialisierung sprechen sollte. Damit meine ich Robotik, Luft- und Raumfahrt, das Equipment für die Halbleiterfertigung, Biotechnologie und anderes mehr. Aber der Mittelstand ist fraglos unter Druck, kleinere Betriebe geben immer häufiger auf. Es kommt jetzt darauf an, den Standort Deutschland endlich den Gegebenheiten der Zeit anzupassen, anstatt politische Umverteilungsdebatten zu führen. «Vorschriften runter und Ärmel hoch», lautet die Devise.

Sie haben die Bundesregierung ungewöhnlich scharf in die Pflicht genommen. Was hat die Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Kanzler Merz nach gut eineinhalb Jahren richtig gemacht – und wo hat sie aus Ihrer Sicht versagt?
Positiv finde ich neben den Vorstössen in der Renten- und Gesundheitsreform das Auftreten in der Europa- und Verteidigungspolitik, auch die Massnahmen in der Migrationspolitik. All das reicht aber noch nicht aus. Bei immer mehr Menschen schwindet der Glaube an die Problemlösungskompetenz der Handelnden. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Regierung endlich abgestimmt und mit grosser Kraft die angestossenen Reformen umsetzt. Leider sieht es danach nur bedingt aus.

Das Sondervermögen für Infrastruktur und Verteidigung hat die Schuldenbremse faktisch relativiert. Kauft sich Deutschland damit Zeit für Reformen – oder ersetzt Geld die Reformen?
Der Staat gibt beständig mehr Geld aus. Wenn man das Sondervermögen für Investitionen etwa in Bildung nutzte und gleichzeitig konsequent im Sozialetat sparte, wäre dies ein Weg. Dies geschieht aber nicht erkennbar, es werden immer weitere Steuern ersonnen. Was wir derzeit also tun, ist mit Milliardenbeträgen zu subventionieren und eine künstliche Nachfrage zu stimulieren, womit ich nicht die Verteidigungsindustrie meine, sondern Orchideenprojekte wie «grüner Stahl» und anderes mehr. Unternehmen wie Trumpf befinden sich hingegen in einem realen, beinharten globalen Wettbewerb.

Wo müsste die Regierung ansetzen, wenn sie nur drei Prioritäten hätte: Energiekosten, Arbeitsmarkt, Steuern, Bürokratie, Sozialstaat …
Wir predigen es als Familienunternehmen seit Jahren: Bei Arbeitsmarkt, Bürokratieabbau und Energie ist der Hebel gesamtwirtschaftlich am grössten, denn diese Themen betreffen alle Firmen und die Selbständigen. Für die besonders energieintensiven Branchen gibt es zwar entlastende Instrumente. Trotzdem würde ich hier die Härten durch die Energie- und Klimapolitik betonen, die viele Unternehmen der Grundstoffindustrie erfahren, die am Beginn der integrierten Wertschöpfungsketten am Standort Deutschland stehen.

Sie haben gesagt, das Wort «Reichensteuer» stelle Sie in eine Ecke – zugleich wären Sie bereit, mehr Steuern zu zahlen. Wie passt das zusammen? Und was wäre die Bedingung: ein glaubwürdiger Konsolidierungspfad auf der Ausgabenseite?
Bei einem Wort wie «Reichensteuer» schwingt passive Feindseligkeit mit, finden Sie nicht? Ihm ist, wenn man sprachsensibel ist, eine seltsame Kälte und ein «Die können es schon verkraften» inhärent. Ich wäre dann bereit, mehr zu zahlen, wenn ich sähe, dass der Staat sich redlich mühte. Dass er das Geld, wie erwähnt, für Bildung und Infrastrukturen einsetzte – und nicht für das Stopfen von Haushaltslöchern. Wenn das die Akzeptanz in der Bevölkerung für spürbare Entlastungen in anderen Bereichen erhöhte, würde ich das begrüssen. Was ich hingegen auch in Brüssel feststelle, ist statt Sparsamkeit eine immer grössere Anspruchshaltung des Staates. Frau von der Leyen hat kürzlich allen Ernstes angekündigt, dass die EU-Verwaltung im Zeitraum von 2028 bis 2034 trotz aller Forderungen nach Effizienz um etwa 2500 Stellen wachsen soll.

Familienbetriebe wie Trumpf denken in Generationen, Regierungen in Legislaturperioden. Wie liesse sich dieser Zeithorizont-Konflikt institutionell entschärfen?
Auch den Legislaturperioden liegen idealerweise langfristige Ziele zugrunde. Im Grunde bräuchte es bei Rente, Steuern, Arbeit langfristige Vorgaben. Diese müssen nicht zwangsläufig in der Verfassung verankert sein, obwohl auch das denkbar ist, wie man dies nun beim Klimaschutz versucht, aber doch eine Voraussetzung für neue Koalitionsverträge bilden. Genau wie bei den Jahreszielen von Führungskräften in Unternehmen, die diese anhand einer langfristigen Strategie des Konzerns haben.

Sie haben in Zürich studiert und kennen die Schweiz gut. Zudem ist Ihre Firma hierzulande präsent. Was macht die Schweiz aus Sicht einer deutschen Industriellen besser und wo täuscht sie sich womöglich über die eigene Robustheit?
Ich kenne und liebe die Schweiz von Kindesbeinen an. Wir sind als Firma seit den 1960er Jahren im Kanton Graubünden in Grüsch ansässig, nicht mehr in Baar. Den Standort im Kanton Zug haben wir 2024 vollständig nach Grüsch verlagert. Was die Schweiz insgesamt hervorragend kann, ist die Organisation des öffentlichen Gemeinwesens, also Infrastruktur, Bahn, Verkehr und Sanierungsprojekte – all das läuft im Gros schneller und zuverlässiger als in Deutschland. Als Bürger der Schweiz bekommt man, simpel gesagt, mehr für seine Steuern, einen besseren öffentlichen Verkehr, eine pünktliche Bahn, saubere Strassen, das «Preis-Leistungs-Verhältnis» stimmt. Zudem existiert ein liberales Arbeitsrecht bei gleichzeitig hohen sozialen Sicherungsstandards. Die Eigenverantwortlichkeit der Bürger spielt eine grössere Rolle als der Ruf nach dem Staat und die Aufnahme weiterer Schulden. Es gibt einen Grundkonsens in der Bevölkerung, dass man nicht zu «aushäusig» leben und hohe Schulden machen soll.



«Unser Land muss wieder zurück zum Verständnis, dass wirtschaftlicher Erfolg die Grundlage unseres Wohlstands ist», sagt Nicola Leibinger-Kammüller, CEO von Trumpf. FOTOS: PD



Nicola Leibinger-Kammüller übernahm 2005 den Vorsitz der Geschäftsführung.

Zur Person

Prof. Dr. phil. Nicola Leibinger-Kammüller wurde 1959 in Wilmington im US-Bundesstaat Ohio geboren. Sie studierte Germanistik, Anglistik und Japanologie in Freiburg im Breisgau, Middlebury im US-Bundesstaat Vermont und Zürich mit anschliessender Promotion. Die deutsch-amerikanische Doppelbürgerin ist seit 1985 bei der familieneigenen Trumpf-Gruppe tätig. 2005 übergab Berthold Leibinger nach 40 Jahren an der Spitze den Vorsitz der Geschäftsführung (CEO) an seine Tochter Nicola Leibinger-Kammüller.

«Die Lage am Standort Deutschland bleibt mit Blick auf die hohen Kosten und ungelöste Strukturthemen angespannt, stellenweise ist sie alarmierend.»

Inwiefern?
Das betrifft auch die Serviceorientierung der öffentlichen Verwaltung. In Deutschland ist die Attitüde auf vielen Ämtern oft nicht die einer «Kundenbeziehung», die man zum Bürger empfindet und in der man nach pragmatischen Lösungen sucht. Es regiert noch immer das aus der preussischen Verwaltung herrührende Gefühl einer Demut staatlichen Stellen gegenüber. Heinrich Manns Roman «Der Untertan» kommt mir als scharfes, aber nicht gänzlich falsches Bild in den Sinn. Wie in Amerika die Bundesstaaten, konkurrieren die Schweizer Kantone bei Ansiedlungen miteinander und leben den föderalen Wettbewerb, sie sind bei den Steuereinnahmen deutlich unabhängiger als die deutschen Bundesländer. All das hat uns schon 1963 bei der Ansiedlung hier beeindruckt, genau wie die sprichwörtliche «Schweizer Ruhe» und Unaufgeregtheit. Sie wirkt in vielen politischen Prozessen segensreich. Dass die Schweizer Industrie derzeit ebenso unter Druck steht wie die deutsche, spüren wir im eigenen Unternehmen. Exporte sind teurer geworden, der starke Franken wirkt sich entsprechend aus. Die gestiegene Konkurrenz aus Asien macht auch an den Alpen nicht halt.

Schuldenbremse, Steuerwettbewerb, Föderalismus, Milizprinzip: Welche Schweizer Institutionen wären auf Deutschland übertragbar und welche sind kulturell nicht kopierbar?
Was mir gut gefiele: den Bürger in seinem Streben nach Freiheit und Eigenverantwortlichkeit in den Mittelpunkt allen politischen Handelns zu stellen. Die Bürgerbeteiligung ist ein sinnvolles Prinzip, wobei es Schutzmechanismen der «Mässigung» bedarf, um radikale Entscheidungen zu verhindern.

Öffnen wir den Wirtschaftsblick global: Trumpf arbeitet an lasergestützter Drohnenabwehr. Wie hat die Geopolitik Ihre Unternehmensstrategie verändert – vom Weltmarkt-Optimismus zum Denken in Blöcken?
Trumpf hat sich beständig gewandelt und den Gegebenheiten der geopolitischen Lage und der Märkte angepasst. Dies betrifft die Laserproduktion in China, aber auch die Einstellung unseres Russlandgeschäfts oder den Umgang mit den Exportrestriktionen der USA. Die lasergestützte Drohnenabwehr ist hingegen eine Antwort auf die Kriegsgefahren, wie wir sie in der Ukraine und im Nahen Osten erleben – und nun möglicherweise auch in Europa. Sie ist, anders als etwa das Thema künstliche Intelligenz, bislang kein Bestandteil unserer Strategie, sondern eine Reaktion auf eine neue politische Gefahrenlage, getragen von unserer gesellschaftlichen Verantwortung.

Wie gehen Sie konkret mit dem China-Risiko um: Risikominderung, Diversifizierung, lokale Fertigung? Und wo liegt die Grenze zwischen unternehmerischer Vorsicht und politisch verordneter Entkopplung?
Ich bin kein Freund solcher Begriffe. China ist nicht nur ein wichtiger Markt für uns, sondern auch ein essenzieller Lieferant vieler Vorprodukte, die wir nirgendwo sonst in dieser Geschwindigkeit und zu diesem Preis bekommen. Und China erinnert uns daran, wie schnell wir bei Innovationen sein müssten. Will sagen: Natürlich agieren wir vorsichtig. Aber wir setzen statt auf Abschottung auf den Innovationswettbewerb und die kritische Partnerschaft. Trotzdem müssen wir China in der EU zu faireren Verhalten zwingen. Was die Politik betrifft, so sehen wir leider eine fatale Diskrepanz: Seit Jahren überzieht man uns einerseits mit immer strengeren Auflagen und Exportkontrollen, was uns Aufträge in Asien kostet. Auf der anderen Seite können die Chinesen mit «unsicheren» Maschinen im Sinne des Arbeitsschutzes auf den deutschen Markt kommen, etwa hinsichtlich fehlender Schutzumhausungen gegen Röntgenstrahlung bei Lasern – und die Politik schaut tatenlos zu. Hier könnte sie eine Menge für heimische Unternehmen tun. Dem an sich glaubhaften Wunsch, die deutsche Industrie zu unterstützen, stehen in der Praxis nicht selten Kompetenzwirrwarr und Bürokratismus gegenüber.

Ein Familienbetrieb, der in die Rüstung geht: Wie schwer war diese Entscheidung und wo ziehen Sie die ethische Grenze?
Es war ein intensiver Diskussionsprozess mit unseren Kindern, dann mit den Führungskräften und der Belegschaft. Aber am Ende waren wir der Überzeugung, dass wir es tun müssen, weil wir über die entsprechenden technologischen Möglichkeiten wie niemand sonst verfügen.

Braucht Europa eine gemeinsame Verteidigungsindustrie – und wenn ja: Wie verhindert man, dass daraus subventionierte nationale Champions ohne Wettbewerb werden?
Davon bin ich überzeugt. Allerdings nicht als planwirtschaftliches Projekt, sondern aus einem gemeinsamen Bewusstsein heraus – wie «Europa» in seinen Anfängen, bevor die Bürokratie die Oberhand gewann. Ein gewisses Mass an staatlicher Lenkung werden wir akzeptieren müssen. Doch es gilt umso mehr, die Vergabe von Mitteln an harte Kriterien und Zeitpläne zu koppeln. Dies trifft für viele strategische Themen zu, die zu kapitalintensiv für einzelne Länder sind, etwa die Kernfusion.

Die USA steuern auf Schuldenquoten zu, die historisch nur in Kriegszeiten erreicht wurden – bei anhaltenden Primärdefiziten. Wie stellt sich ein global tätiges Industrieunternehmen auf ein mögliches Ende der amerikanischen Fiskaldominanz ein: Zinsniveau, Dollar, Absicherung?
Für einen Investitionsgüterhersteller wie Trumpf wäre nicht primär die Staatsverschuldung die Herausforderung, sondern deren Übersetzung in die Kapitalkosten und die möglichen Effekte auf die Investitionsbereitschaft der Kunden. Dieses Thema ist für uns allerdings nicht neu, sondern kennzeichnete schon viele Krisen.

Ist die «fiskalische Dominanz» – der Druck der Fiskalpolitik auf die Notenbanken – aus Ihrer Sicht bereits Realität? Und was bedeutete das für einen Kapitalgüterhersteller, dessen Kunden zinssensitiv investieren?
Wir stellen uns langfristig auf höhere Finanzierungskosten ein. Eine mögliche Dollar-Abwertung und der Vertrauensverlust in amerikanische Staatsanleihen führen aber nicht zwingend zu einem Kollaps, eher zu einer schwächeren US-Währung. Am Ende geht es um die Frage, ob Kunden trotzdem investieren wollen oder nicht, weil sie unvermindert an den Aufschwung glauben – notfalls auch zu höheren Kosten.

Paradoxerweise profitiert Trumpf vom vermeintlichen US-Boom, der zum Teil schuldenfinanziert ist. Wie lange trägt ein Geschäftsmodell, dessen bester Markt auf tönernen fiskalischen Füssen steht?
Ich möchte nicht spekulieren, sondern halte mich an Fakten: Trumpf profitiert augenblicklich von genau jener amerikanischen Dynamik, die langfristig fiskalische Risiken erzeugen kann. Der Wunsch nach Reindustrialisierung über Investitionen in Infrastruktur, Halbleiter, KI-Rechenzentren ist immens. Wenn staatliche Pläne eine Fabrik anschieben, entsteht anschliessend dennoch private Nachfrage nach unseren Maschinen, ist unsere Erwartung.

Deutschland war einmal das Mutterland der Ordnungspolitik – Eucken, Erhard, der Sachverständigenrat. Braucht das Land eine Rückkehr zu regelgebundener Politik: Schuldenregeln, Subventionsbremsen, automatische Befristungen von Ausgabenprogrammen?
Wie viele Anhänger der Ordnungspolitik, die sich «heimatlos» fühlen, kann ich nur beherzt antworten: unbedingt. Vor allem muss unser Land wieder zurück zum Verständnis, dass wirtschaftlicher Erfolg die Grundlage unseres Wohlstands ist. Hierzulande liegt die Arbeitszeit bei rund 1300 Stunden pro Jahr. Im internationalen Vergleich weist Deutschland damit eine der niedrigsten Arbeitszeiten auf, was auf den hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten, gesetzlichen Urlaubsanspruch und die vielen Feiertage zurückzuführen ist. Ein Vergleich mit anderen Produktionsstandorten unseres Unternehmens zeigt, dass in der Schweiz etwa 200, in den USA 500, in Polen 600 und in China sogar 800 Stunden länger gearbeitet wird. Das hat Auswirkungen auf den Standortwettbewerb.

Regeln binden auch dann, wenn es unbequem wird – das ist ihr Sinn. Aber Deutschland hat seine Fiskalregel im Ernstfall geändert. Sind Regeln, die im Krisenfall fallen, überhaupt Regeln oder braucht es härtere, verfassungsfeste Bindungen nach Schweizer Vorbild?
Ich bin der Überzeugung, dass wir «mehr Schweiz» in Deutschland wagen müssten, ja. Nicht nur punkto Pragmatismus und Freiheitsliebe.

«Was die Schweiz hervorragend kann, ist die Organisation des öffentlichen Gemeinwesens, also Infrastruktur, Bahn, Verkehr und Sanierungsprojekte.»

Was heisst Ordnungspolitik im 21. Jahrhundert konkret jenseits der Sonntagsreden: Wo müsste der Staat sich zurückziehen, wo hat er legitime Aufgaben, die er derzeit vernachlässigt?
Er hat sich auf den Rahmen zu fokussieren: Rechtsstaatlichkeit und innere Sicherheit, Landesverteidigung und Sicherheit der Grenzen, Infrastruktur, Bildung und Forschung. Aus den meisten anderen Dingen, etwa dem Mikromanagement beim Heizen und Fahren, hat er sich herauszuhalten. Das Gegenteil erleben wir seit Jahren: Planwirtschaft, Dirigismus, Bevormundung statt grosser Linien.

Trotzdem fliessen weltweit Hunderte Milliarden in strategische Industriepolitik. Sie profitieren indirekt davon. Hand aufs Herz: Ist Industriepolitik nur schlecht, wenn sie die anderen machen?
Ich glaube unvermindert an den kompetitiven Vorteil freier Gesellschaften. Natürlich braucht es staatliche Impulse. Die strategische Industriepolitik mancher Länder bei Halbleitern setzt allerdings auf eine real gestiegene Nachfrage der Märkte. Und sie versucht nun, Wertschöpfungsanteile zu gewinnen, siehe USA. Gerade in Deutschland mit einem besonders innovativen Mittelstand ist nicht die Industriepolitik nach französischer oder chinesischer Machart mit all ihren Verzerrungen, sondern ein möglichst günstiges Innovationsklima noch immer das Mittel der Wahl. Denn es führt – basierend auf dem tiefen Markt- und Kundenverständnis der Unternehmen – zu Produkten, die weltweit nachgefragt werden.

Wo verläuft für Sie die Grenze zwischen legitimer Standortpolitik – Infrastruktur, Bildung, Energie, Forschung – und dem Versuch des Staates, Gewinner zu küren?
Die Grenzen sind überschritten, wenn wir langfristig an objektiv erkennbaren Missständen vorbei agieren und Kosten systematisch ignorieren, wie etwa in der deutschen Energiepolitik.

Die Erfahrung lehrt: Subventionen schaffen Klientelen, die sie verteidigen. Wie liesse sich Industriepolitik so gestalten, dass sie sich selbst wieder abschafft: mit Befristung, Degression oder Evaluationspflicht?
Es geht, wie soeben erwähnt, um legitime staatliche Impulse, nicht um das Am-Leben-Erhalten von Technologien, die ohne staatlichen Schutz nicht erfolgreich am Markt wären. Im Wort «Impuls» steckt Kürze, keineswegs aber die Idee einer dauerhaften Förderung. Ich würde statt jahrelanger Subventionen lieber Startups einen verbesserten Zugang zu Kapital ermöglichen, damit diese nicht woanders hingehen.

Deutschland subventioniert Chipfabriken mit Milliarden, während der Mittelstand über Energiepreise und Bürokratie klagt. Ist das die richtige Reihenfolge?
Zunächst lohnt sich ein differenzierter Blick: Auch wir haben die in Rede stehende sehr hohe Förderung von Intel in Magdeburg kritisiert, obwohl Intel ein Kunde von ASML und damit auch unserer EUV-Technologie ist. Hingegen im Falle von Infineon oder TSMC in Dresden, wo es ein gewachsenes Halbleiter-Cluster anstelle einer grünen Wiese gibt, halte ich die gewährten Steuermittel im Rahmen des EU Chips Act für richtig. Ansonsten haben Sie im Grundsatz recht.

Trumpf ist über 100 Jahre alt und in Familienhand. Was gibt Ihnen die Zuversicht, dass die nächste Generation das Unternehmen noch von Deutschland aus führen wird – oder was müsste passieren, damit Sie daran zweifeln?
Die nächste Generation wird voraussichtlich noch nicht dem aktiven Management angehören, wenn mein Mann und ich den Vorstand verlassen. Aber sie nimmt über den Gesellschafterkreis, den Aufsichtsrat und die Stiftungen grossen Einfluss auf die Belange der Firma. Trumpf beschäftigt heute knapp die Hälfte seiner Mitarbeiter in Deutschland und wird auch in Zukunft ein deutsches Unternehmen in einer globalisierten Welt bleiben – wenn wir als Land endlich unsere Hausaufgaben machen. Denn bei aller Kritik: Es steckt unglaublich viel Kraft und Ideenreichtum in Deutschland und seinen Menschen, vergessen wir das nie.

Zu guter Letzt: Wenn Sie dem deutschen Bundeskanzler und dem Schweizer Bundesrat je einen einzigen Satz mitgeben dürften – wie lauteten diese?
An den Bundeskanzler: Haben Sie bitte den Mut, in der jetzigen Reformphase Ihre richtigen Ansätze durchzusetzen – und nehmen Sie Abstand von der Lektüre der viel zu zahlreichen Meinungsumfragen! Und an den Bundesrat: Bleiben Sie auf Kurs!

Über Trumpf

Die 1923 gegründete Trumpf-Gruppe mit Hauptsitz in Ditzingen bei Stuttgart bietet Fertigungslösungen in den Bereichen Werkzeugmaschinen, Lasertechnik und Halbleiterindustrie. Die digitale Vernetzung der produzierenden Industrie treibt der Familienbetrieb durch Beratung, Plattform- und Softwareangebote voran. Trumpf ist einer der Technologie- und Marktführer bei Werkzeugmaschinen für die flexible Blechbearbeitung, bei industriellen Lasern und in der Leistungselektronik. Im Geschäftsjahr 2025/26 erwirtschaftete das Unternehmen mit 17 583 Mitarbeitern einen Umsatz von 4,3 Milliarden Euro. Mit rund 90 Gesellschaften ist die Gruppe in fast allen europäischen Ländern, in Nord- und Südamerika sowie in Asien vertreten.

Wie die Inflation das Bürgertum gegen die Demokratie aufbrachte

Wenn Wohlstandserwartungen enttäuscht werden, gerät auch die politische Ordnung unter Druck. Die deutschen Krisenerfahrungen seit 1914 zeigen, warum Teile der bürgerlichen Mittelschicht empfänglich für die Versprechen der radikalen Rechten wurden.

JÖRN LEONHARD

Der Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung von Wohlstand und der Legitimation politischer Ordnungen gehört zum Erbe der Neuzeit. Das zeigte sich am Ende des 18. Jahrhunderts. In der Amerikanischen Revolution schlug der Protest auch deshalb in offenen Widerstand um, weil die nordamerikanischen Kolonisten die Hoffnung verloren, als amerikanische Steuerzahler eine Stimme im Londoner Parlament zu erhalten und damit an der Entwicklung ihres Wohlstands politisch beteiligt zu werden. Hinter der Forderung «no taxation without representation» stand ein grundlegender Zusammenhang zwischen Fiskalordnung, Wohlstandshoffnung und Mitwirkungsrechten.

Auch die Ursprünge der Französischen Revolution verwiesen auf diesen Zusammenhang, als sich die Finanzkrise der Monarchie am Ende der 1780er Jahre zur Vertrauenskrise der Steuerzahler auswuchs. Die Wahrnehmung von Steuerprivilegien des Klerus und des Adels stellte in den Augen vieler Angehöriger des dritten Standes die Glaubwürdigkeit der überkommenen sozialen Ordnung infrage, während für die städtischen Unterschichten der Brotpreis zum Symbol für eine ungerechte Verteilung von Wohlstand und Armut wurde. Auch während der Revolutionen von 1848/49 fürchteten viele Handwerker und Kaufleute die Auswirkungen des Pauperismus. Diese Massenverelendung, die aus einem starken Bevölkerungswachstum seit dem frühen 19. Jahrhundert resultierte, das die verfügbaren Arbeitsplätze und Nahrungsmittel bei weitem überstieg, stellte die eigenen Wohlstandserwartungen infrage. Demgegenüber hatten viele Angehörige des Wirtschaftsbürgertums vor 1848 das Vertrauen in den Staat als Reformkraft und Voraussetzung für die Dynamisierung der Wirtschaft verloren.

Auf und Ab der Deutschen

Nach 1850 veränderten sich auch in Deutschland die Rahmenbedingungen durch die dynamische Entfaltung einer modernen Industriegesellschaft. Eine der prägenden Erfahrungen des Bürgertums in dieser Phase bestand in der Herausbildung einer Gesellschaft von Lohnempfängern. Mit der Abschaffung der letzten ständischen Relikte war eine neue Eigentumsordnung entstanden, in der Menschen, Kapital und Wissen mobilisiert werden konnten. Dazu gehörten nun auch regelmässige Geldflüsse als eine Grundbedingung bürgerlicher Lebensführung. Private Zukunftsplanung, Familiengründung oder Vermögensbildung erhielten vor diesem Hintergrund eine ganz neue Relevanz. Sie machten aus dem Sparen eine Praxis der bürgerlichen Werteordnung, die man in den zahlreichen kommunalen Sparkassen und genossenschaftlich organisierten Volks- und Raiffeisenbanken symbolisiert sah.

Nach der Gründung des kleindeutschen Nationalstaates von 1871 avancierte gerade der konkret erfahrbare Wohlstand zu einem wichtigen Kennzeichen, mit dem sich der Fortschritt und die Überlegenheit des Deutschen Kaiserreichs beglaubigen liess. Tatsächlich war die Wohlstandswahrnehmung in der deutschen Gesellschaft vor dem Ersten Weltkrieg sehr stark von der wirtschaftlichen Dynamik des Kaiserreichs geprägt. So wuchs das deutsche Vermögen vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs durch die wirtschaftliche Expansion und die Exporterfolge des Deutschen Kaiserreichs als Gewinner der Globalisierung vor der Globalisierung etwa auf das Sechsfache des Bruttosozialprodukts an. Wohlstand bedeutete in dieser Gesellschaft vor allem relative Erwartungssicherheit, also die Vorstellung, wirtschaftlichen Fortschritt und individuelle Vermögensbildung weiter fortschreiben und auf die nächste Generation übertragen zu können.

In Deutschland war für das Investitionsverhalten der bürgerlichen Mittelschicht die Orientierung auf den Staat hin charakteristisch. Konkret zeichneten grosse Teile des Bürgertums Staatsanleihen, was eine Konsequenz der relativ hohen Reichsschuld war. Ergänzt wurde diese Anlageform durch das Sparbuch und eventuell eine Lebensversicherung. Auch die von Otto von Bismarck initiierte Rentenversicherung bot eine gewisse Absicherung im Alter, während Immobilieneigentum, etwa als «Geschosseigentum» in Mehrfamilienhäusern grösserer Städte, beim städtischen Bürgertum eher selten vorkam. In Deutschland existierte im Kaiserreich ein insgesamt stabiler Mietmarkt, sodass auch viele wohlhabende Bürger häufig Mieter waren. Gewerbetreibende und Freiberufler nutzten häufig ein «Zinshaus», also ein vermietetes Mehrfamilienhaus, als Anlage und Instrument der Alterssicherung. Aktien waren nicht besonders weit verbreitet, zumal nicht nach dem Gründerkrach 1873, mit dem der durch die französischen Reparationszahlungen nach 1871 zunächst ausgelöste Boom abrupt endete. Der Zusammenbruch vieler Aktiengesellschaften machte Aktien danach in vielen bürgerlichen Familien eher unattraktiv.

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs zeichneten viele bürgerliche Familien Kriegsanleihen, die in der Erwartung auf einen sicheren Sieg des eigenen Vaterlandes wie ein «Patriotismus mit einem Zinsversprechen von 5 Prozent» wirkten. Doch mit zunehmender Dauer des Krieges traten soziale Spannungen immer deutlicher hervor. Wohlhabenden Deutschen, die sich an Rüstungsunternehmen beteiligten und von der Kriegswirtschaft profitierten, standen Kleinunternehmer und Gehaltsempfänger wie Beamte und Angestellte gegenüber, die der kriegsbedingten Verarmung nicht entgehen konnten. Immer mehr Angehörige der bürgerlichen Mittelschicht machten angebliche «Kriegsgewinnler» für die um sich greifende Knappheit verantwortlich.

Das Inflationsjahrzehnt

Letztlich hatte 1914 ein Jahrzehnt der Inflation begonnen, das über den Weltkrieg und die Nachkriegskrisen bis zur Eskalation von 1923 anhielt und erst durch die Währungsreform auf der Basis der Rentenmark und den Dawes-Plan zur Neuregelung der Reparationszahlungen 1924 zu Ende kam. Im Ersten Weltkrieg zur Finanzierung der ausufernden Kosten eingesetzt, setzte sich die Inflation nach 1918 fort, um die Kriegsopfer zu entschädigen, die Staatsausgaben im Übergang von der Kriegs- zur Friedensindustrie zu gewährleisten und die Arbeitslosigkeit zu begrenzen. Doch die im Krieg schleichende, dann schliesslich 1922/23 eskalierende Inflation traf die deutsche Gesellschaft sehr unterschiedlich.

Viele Unternehmer erhielten nun billige Kredite und konnten grosszügig investieren, was wie ein Impuls zur Bildung grösserer Konzerne wirkte. Gleichzeitig ergaben sich aus dem Währungszerfall Preisvorteile für viele deutsche Unternehmen auf dem Weltmarkt. Auch viele Bauern und andere Hypothekenschuldner konnten angesichts der Inflation ihre Verpflichtungen mit wertlosem Geld abtragen. Profitieren konnten auch die Besitzer von Devisen und Sachwerten. Den Arbeitern kam in der unmittelbaren Nachkriegszeit die mit der Demobilmachung verbundene Inflation zunächst entgegen. Denn sie profitierten von den wesentlich durch die Geldmengenausweitung finanzierten sozialpolitischen Leistungen, die der Staat nun leistete oder die zwischen Unternehmen und Gewerkschaften ausgehandelt worden waren. Zudem stiegen die Reallöhne, während eine massive Zunahme der Arbeitslosigkeit bis 1923 verhindert werden konnte.

Die grossen Verlierer des Inflationsjahrzehnts waren ohne Zweifel all jene, die auf die Erträge langfristiger Geldanlagen angewiesen waren. So verschlechterte sich die Position von Angehörigen der gehaltsabhängigen bürgerlichen Mittelschicht, der Beamten, Angestellten, Rentner und Empfänger staatlicher Fürsorgemassnahmen, massiv. Auslandsvermögen gingen fast vollständig verloren, Staats- und Kriegsanleihen wurden wertlos oder durch die zunächst schleichende und dann 1922/23 kulminierende Inflation vernichtet. Mittlere und kleinere Vermögen bürgerlicher Gruppen bestanden häufig aus Geldwerten, weshalb die Inflation hier besonders dramatische Konsequenzen für das Bürgertum hatte. Auch wenn einzelne Gruppen wie etwa Juristen und Ärzte sich nach 1918 guter Berufschancen erfreuten und die Expansion von Grossunternehmen und des öffentlichen Dienstes eine Zunahme von Beschäftigten der Mittelschicht bedeutete, wirkte die Hyperinflation von 1922/23 als tiefer Einschnitt.

Die Entwertung defensiv angelegter Ersparnisse stellte auch tradierte bürgerliche Tugenden wie Sparsamkeit radikal infrage und liess das Vertrauen in eine stabile Wirtschaftsordnung erodieren. Zugleich konnte sich der Staat der durch den Krieg verursachten Schulden und anderer Anleihen durch die Inflation entledigen. Viele bürgerliche Gruppen wie Beamte, Angestellte und Rentner waren in den Jahrzehnten vor 1914 an eine bescheidene, aber doch im Ganzen jedenfalls berechenbare Wohlstandssituation gewöhnt gewesen. Die Inflation machte diese relative Erwartungssicherheit zunichte und verstärkte das Schreckensszenario einer Proletarisierung, was angesichts der von vielen Angehörigen der bürgerlichen Mittelschicht sorgsam gepflegten Distanz zu den Industriearbeitern umso schwerer wog.

Entscheidend an dieser Erfahrung war eine um sich greifende Verunsicherung der sozialen Positionierung. Symptom dieser kollektiven Verunsicherung war der zeitgenössische Diskurs um das «Schiebertum». Zusammen mit der Erfahrung einer «Notkriminalität», einer Kriminalisierung des Alltags durch begrenzte Rechtsbrüche, ohne die man glaubte, wirtschaftlich nicht mehr überleben zu können, gerieten überkommene Tugenden und sozialmoralische Ordnungsvorstellungen unter massiven Druck. Für die Konsequenzen dieser Entwicklung machte man die neue Demokratie verantwortlich, obwohl die Ursachen der Inflation länger zurückreichten als 1918.

Vertreter des Mittelstandes

Die politische Lage verschärfte sich, als nach der Stabilisierung der Währung ab Herbst 1923 Schadenersatzleistungen ausblieben. Stattdessen wehrten die Schuldner, vor allem Grossunternehmer, erfolgreich die Forderungen nach einer Aufwertung individueller Verbindlichkeiten ab. Es war kein Zufall, dass ab diesem Zeitpunkt die Unterstützung für die liberalen Parteien der Weimarer Republik einbrach, die lange Zeit für sich in Anspruch genommen hatten, als Vertreterinnen der Interessen des Mittelstands zu wirken. Auch die rechtskonservative Deutschnationale Volkspartei und das katholische Zentrum gerieten unter Druck, weil viele Wähler den Deutschnationalen die Vertretung von Interessen der Grossindustrie und dem Zentrum die Nähe zur katholischen Arbeiterbewegung vorwarfen.

Bereits vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise waren die politischen Konsequenzen dieser Krisenerfahrungen unübersehbar. Und obwohl es ab Mitte der 1920er Jahre zu einer gewissen Erholung durch einen kreditfinanzierten Wirtschaftsaufschwung kam, wirkten der Vermögensverlust und die ganz konkret erfahrene Wohlstandskrise als Grunderfahrung gerade weiter Teile des Bürgertums in Deutschland nach.

Als Konsequenz der Abwendung von den liberalen Parteien entstanden nun kleine Splitterparteien, die sich auf ökonomische Einzelinteressen und vor allem auf die grundsätzliche Kritik an der Demokratie und dem Parlamentarismus konzentrierten. So polemisierte die sogenannte Wirtschaftspartei – später umbenannt in «Reichspartei des Deutschen Mittelstandes» – gegen eine «Regierungsbildung lediglich durch Parteien», die für die wirtschaftliche Not verantwortlich seien. Bei den Reichstagswahlen 1928 kamen solche Splitterparteien zusammen auf 14 Prozent und überholten damit den Anteil der liberalen Parteien.

Obwohl kein gerader Weg von diesen Entwicklungen zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten im Januar 1933 führte, unterstreicht das Beispiel der bürgerlichen Mittelschichten in Deutschland den Zusammenhang zwischen Wohlstandserwartungen und politischer Stabilisierung oder Destabilisierung. In Deutschland kam es im Jahrzehnt der Inflation seit 1914 zu einer dramatischen Unterbrechung einer langfristig gewachsenen Erwartungssicherheit. Es mochte nicht «die» Krise «des» Bürgertums gegeben haben, das viele unterschiedliche Gruppen und Interessenlagen umfasste.

Aber es kann doch kein Zweifel daran bestehen, dass die fortgesetzten Krisenerfahrungen bei grossen Teilen der bürgerlichen Mittelschicht die soziale Statusunsicherheit massiv verstärkten und sie dadurch empfänglicher für die Lösungsversprechen der radikalen Rechten machten.

Prof. Dr. Jörn Leonhard ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte Westeuropas am Historischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.



1924 sind 100 Billionen Papiermark als Ersatzgeld offiziell 100 Rentenmark wert. REICHSBANKDIREKTORIUM BERLIN/IMAGE BY GODOT13

Fortgesetzte Krisenerfahrungen verstärkten bei grossen Teilen der bürgerlichen Mittelschicht die soziale Statusunsicherheit.

Deutschland plagt die Wachstumsschwäche

Fast alle deutschen Konjunkturforscher rechnen mit deutlich höheren Wachstumsraten. Doch wer jetzt schon das Ende der Wirtschaftskrise und einen starken Aufschwung feiert, dürfte sich täuschen.

LARS P. FELD

In der wirtschaftspolitischen Diskussion gehen Begrifflichkeiten oft durcheinander. Dies gilt nicht zuletzt im Hinblick auf die Wachstumsaussichten einer Volkswirtschaft. Oft wird von Wachstum geredet, doch es ist die konjunkturelle Entwicklung gemeint. Die empirische Konjunkturforschung unterscheidet hingegen streng zwischen Konjunktur und Wachstum.

Die Eckdaten der Konjunktur zeichnen ein kurzfristiges Bild einer Volkswirtschaft mit Analyse und Projektion der (realen) Zuwachsrate des Bruttoinlandprodukts (BIP), der Beschäftigungslage – insbesondere der Arbeitslosigkeit – und der Inflationsrate, vor allem gemessen am Konsumentenpreisindex. Selbstredend gehen Konjunkturforscher tiefer und schauen sich die Strukturen dieser Entwicklung an, etwa die Beiträge verschiedener Aggregate zum Wirtschaftswachstum. Besonders hervorgehoben werden die Wachstumsbeiträge des privaten Konsums, des staatlichen Konsums, der Investitionen und des Aussenbeitrags, definiert als Saldo von Exporten und Importen – mithin der Grössen der Verwendungsseite des BIP. Gleichwohl spielt die Verteilungsseite mit der Lohnquote oder die Entstehungsseite mit der Wertschöpfung in verschiedenen Sektoren eine wichtige Rolle.

Entwicklung des BIP im Fokus

Reden Wirtschaftsforscher über das Wirtschaftswachstum, steht die mittel- und langfristige Entwicklung des BIP im Fokus. Demnach wächst eine Volkswirtschaft abhängig von der Entwicklung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, von natürlichen Ressourcen und vor allem vom technischen Fortschritt, der die Innovationstätigkeit erfasst. Diese Grössen bestimmen das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft, also die mögliche Produktion, wenn alle Produktionsfaktoren voll ausgelastet sind.

Dadurch ergibt sich eine Verbindung zur Konjunktur, denn das tatsächliche BIP schwankt um den Wachstumstrend, der durch das Produktionspotenzial vorgegeben wird. Liegt das tatsächliche BIP unter dem Produktionspotenzial, entsteht eine negative Produktionslücke – die Wirtschaft befindet sich in einer Rezession oder gar Depression, gegebenenfalls aber schon im Aufschwung, ohne die Vollauslastung ihrer Produktionsfaktoren erreicht zu haben. Liegt das tatsächliche BIP über dem Produktionspotenzial, spricht man von einer positiven Produktionslücke, etwa im weiteren Aufschwung oder Boom. Die Produktionsfaktoren sind überausgelastet und es besteht die Befürchtung, dass es zu Inflationsprozessen kommt.

Diese Klarstellungen sind nötig, wenn man die aktuelle Diskussion in Deutschland verstehen will. Nachdem mittlerweile fast alle Konjunkturforscher ihre Projektion für das Wirtschaftswachstum des Jahres 2026 verdoppelt haben – die Gemeinschaftsdiagnose der grossen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute beispielsweise von 0,6 auf 1,3 Prozent –, ist allenthalben von einem Ende der Wirtschaftskrise und einem kräftigen Aufschwung die Rede. Dies dürfte verfehlt sein.

Nimmt man die für das laufende Jahr prognostizierten 1,3 Prozent BIP-Wachstum auseinander, so könnte die Aufhellung nur temporär sein. Zunächst muss eine Besonderheit berücksichtigt werden. Diese Wachstumsraten sind nicht kalenderbereinigt. Daher sorgen mehr Arbeitstage pro Jahr im Vergleich zum Vorjahr für einen Wachstumseffekt. Dieser positive Kalendereffekt tritt dann auf, wenn bewegliche Feiertage auf Wochenenden fallen, wie 2026 im Vergleich zu 2025. Konjunkturell macht dies viel aus, nämlich 0,3 Prozentpunkte, für das längerfristige Wachstum jedoch nicht, weil sich bewegliche Feiertage in den Folgejahren wieder auf normale Arbeitstage verschieben. Kalenderbereinigt, bleiben der deutschen Wirtschaft für 2026 jedenfalls nur 1,0 Prozent BIP-Wachstum.

Dieser Wert verteilt sich auf die oben genannten Komponenten der Verwendungsseite des BIP. Die mit Schulden finanzierten Mehrausgaben des Staates schlagen sich in diesem Jahr stärker nieder als im Frühjahr erwartet und machen fast die Hälfte des diesjährigen (kalenderbereinigten) Wirtschaftswachstums aus. Dahinter steht die statistische Konvention, dass jeder Euro Mehrausgaben des Staates als zusätzlicher Euro des BIP gezählt wird. Der Staat verkauft nicht zu Marktpreisen am Markt und wird daher mit seinen Ausgaben ins BIP gerechnet. Daraus folgt noch nicht zwingend ein sich selbst tragender Aufschwung. Denn die private Investitionstätigkeit ist bisher nicht angesprungen und trägt nur etwa 0,1 Prozentpunkt zum Wirtschaftswachstum bei. Der private Konsum bleibt ebenfalls verhalten. Multiplikatoreffekte der staatlichen Fiskalimpulse sind also noch nicht richtig zu erkennen.

Einfluss der Exportwirtschaft

Die massgebliche Änderung zur Frühjahrsprognose ergibt sich für den Aussenbeitrag: Die deutschen Exporte ins Ausland sind überraschend stärker gestiegen. Der Anstieg der Exporte in die USA ist relativ gering, die Exporte nach China schwächeln sogar, aber die Exporte in die EU-Partnerländer haben ordentlich zugelegt. In früheren Jahrzehnten war es häufig der Export, der die Konjunktur angeschoben hat. Dieses Mal könnten aber rein temporäre handelsumlenkende Effekte dahinterstecken. Wegen des Iran-Kriegs ist die Versorgung asiatischer Produzenten mit Energieträgern reduziert, so dass dort die Produktion heruntergefahren wurde. Insbesondere die chemische Industrie Deutschlands hat dies kompensiert und mehr ins europäische Ausland exportiert. Bislang liegen nur vorläufige Belege für diesen Zusammenhang vor. Die Hoffnung auf den Aufschwung lebt daher fort.

Schon für das kommende Jahr erwarten die Konjunkturforscher eine geringere Zuwachsrate des BIP, vor allem weiterhin getrieben durch staatliche Mehrausgaben mit nach wie vor schwachen Multiplikatoreffekten. Die privaten Investitionen springen voraussichtlich noch immer nicht an. Noch deutlicher wird dies, wenn die Mittelfristprojektion ab 2028 in den Blick genommen wird. Die Wachstumsraten des Produktionspotenzials bewegen sich dann, je nach Prognoseinstitut, von 0,4 bis 0,6 Prozent. Für die weitere Perspektive sieht es ähnlich trübe aus. Die deutsche Wirtschaft bleibt bei einem knappen halben Prozent Wachstum – wenn sich nichts ändert.

Herausforderung Demografie

Damit stösst man zum Kern der deutschen Wachstumsschwäche vor. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wird vor allem durch die demografische Entwicklung gedämpft. Das Erwerbspersonenpotenzial sinkt, weil mehr Menschen in den Ruhestand gehen als durch jüngere Alterskohorten in den Arbeitsprozess eintreten. Dies wird sich nicht durch eine verstärkte Migration beheben lassen. Die Hoffnung auf höhere Wachstumsraten beruht auf der Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. So schlecht, wie diese zuweilen geredet wird, ist sie beileibe nicht. Aber es müsste eine Steigerung her – und ohne private Investitionen wird dies nicht erreichbar sein. Unternehmen, die in Deutschland investieren könnten, investieren überall auf der Welt, aber nicht in Deutschland. Sie sehen also keine Absatzprobleme für ihre Produkte, sondern scheuen die hohen Kosten in Deutschland. Es besteht kein Nachfrageproblem, sondern ein Angebotsproblem.

Daher sind Strukturreformen so wichtig. Die Wirtschaftspolitik muss an vier Kostenkategorien ansetzen. Erstens müssen die Arbeitskosten sinken, insbesondere über Reformen der Sozialversicherungen und der anderen Teile des Sozialstaats. Zweitens müssen die Energiekosten runter. Drittens muss die Regulierungsintensität merklich abgeschwächt werden. Viertens bleibt die Steuerbelastung noch immer zu hoch, vor allem, wenn man bedenkt, dass die Unternehmen im Gegenzug schlechte Infrastruktur, Bildung und Verwaltung bekommen.

Die Reduktion der Arbeitskosten könnte zudem zu einem grösseren Arbeitsangebot führen. Setzt die Bundesregierung die geplante Rentenreform um, werden die Möglichkeiten zur Frühverrentung eingeschränkt. Damit steigt die effektive Lebensarbeitszeit.

Langfristiges Wirtschaftswachstum wird nicht zuletzt durch das Ausmass wirtschaftlicher Freiheit gestärkt. Nimmt der Staat seinen Einfluss in der Wirtschaft zurück, erhöht er diese Freiheiten. Strukturreformen sind ein Element einer solchen liberalen Politik.



Die deutsche Wirtschaft bleibt bei einem knappen halben Prozent Wachstum – wenn sich nichts ändert. ADOBE STOCK

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld ist Professor für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg sowie Direktor des Walter Eucken Instituts (WEI).

Vetorecht wirkt als demokratischer Filter

Der Staat wächst auch dank Regulierung. Vetorechte können jedoch verhindern, dass Partikularinteressen die Rechtsetzung prägen – gerade auf der Verordnungsebene.

SIMON LÜCHINGER UND MARK SCHELKER

Wenn vom wachsenden Staat die Rede ist, richtet sich der Blick meist auf die Finanzen. Diskutiert werden Ausgaben-, Einnahmen- oder Verschuldungsquote. Diese Grössen erfassen jedoch nur einen Teil des staatlichen Handelns. Denn der Staat wirkt nicht nur durch seine Finanzpolitik, sondern auch durch seine Regulierungspolitik – sie beeinflusst die privaten Handlungsspielräume und Entscheidungen ebenso stark.

Immer mehr Regulierung

Ein wichtiger Aspekt des regulatorischen Fussabdrucks lässt sich anhand der Regulierungskadenz abbilden. Die Grafik unten veranschaulicht die jährliche Änderungskadenz des Bundesrechts von 1848 bis 2025 zusammen mit der Entwicklung der Ausgabenquote (rote Linie). Dabei fallen drei Aspekte auf:

■ Erstens steigt die Regulierungsaktivität über die Zeit ähnlich stark an wie die Ausgabenquote. Auch sonst weisen beide Ausdrucksformen des staatlichen Handelns eine sehr ähnliche Entwicklung auf, was sich eindrücklich während der Weltkriege zeigt.

■ Zweitens lässt sich eine Gewichtsverlagerung der Regulierungsaktivität von der Legislative zur Exekutive feststellen. Um dies zu verdeutlichen, sind die Erlasskategorien der Legislative in Blautönen, jene der Exekutive in Grüntönen dargestellt.

■ Drittens ist ab den 1970er Jahren eine Verschiebung von oft individuellkonkreten Rechtsetzungsnormen – Bundesbeschlüssen, Bundesratsbeschlüssen und Verfügungen – hin zu den generellabstrakten Rechtsetzungsnormen – Verfassungsbestimmungen, Gesetzen, Verordnungen, Dekreten und internationalen Verträgen – zu beobachten. Erstere betreffen häufiger den Einzelfall, während Letztere einen offenen Adressatenkreis haben, allgemeinverbindlich sind und die Regulierungsaktivität im engeren Sinne abbilden. Weil die Abgrenzung zwischen diesen Kategorien historisch nicht eindeutig war, enthält die Grafik alle Erlasstypen.

Gründe für die Zunahme

Eine hohe Änderungskadenz des Rechts ist mit Kosten verbunden. Unternehmen und Haushalte müssen sich mit neuen Vorschriften vertraut machen und ihre Entscheidungen entsprechend anpassen. Häufige Änderungen erschweren die Planung und können die Rechtssicherheit beeinträchtigen.

Wie lässt sich nun die dargestellte Entwicklung deuten? Man kann sagen: Wirtschaft und Gesellschaft verändern sich. Neue Technologien, Geschäftsmodelle oder Risikofaktoren erfordern Anpassungen des rechtlichen Rahmens. Regulierung definiert Eigentumsrechte, korrigiert Marktversagen und setzt demokratisch beschlossene Ziele um. Mehr Rechtsetzungsaktivität kann daher im Interesse der Bevölkerung liegen – Anpassungskosten wären dann der Preis einer zweckmässigen Aktualisierung.

Es gibt allerdings auch eine andere, komplementäre politökonomische Interpretation, die in der Diskussion zu kurz kommt. Regulierung kann gut organisierte Gruppen begünstigen, deren Anliegen keine breite Unterstützung finden. Eine solche Regulierung nützt wenigen, während sich ihre Nachteile auf viele verteilen. Für die wenigen Begünstigten lohnt sich politisches Engagement, für die vielen Benachteiligten kaum. Regulierung wird dadurch zugunsten enger Interessen verzerrt. Die zentrale Frage lautet daher nicht, ob viel oder wenig reguliert wird. Entscheidend ist vor diesem Hintergrund, welche Regeln entstehen und weshalb. Gute politische Institutionen sollen notwendige Anpassungen ermöglichen, gleichzeitig aber verhindern, dass kleine Gruppen den Staat für sich vereinnahmen. Sie müssen Verantwortung, Kontrolle und Rechenschaft so verteilen, dass Vorhaben ohne Aussicht auf eine breite Mehrheit nur geringe Erfolgschancen haben.

Ein illustratives Beispiel ist das obligatorische Gesetzesreferendum auf Kantonsebene. Es unterstellt Gesetzesänderungen zwingend einer Volksabstimmung. Die Bevölkerung erhält damit ein Vetorecht gegenüber Parlament und Regierung. Seine Wirkung setzt nicht erst ein, wenn abgestimmt wird. Schon bei der Ausarbeitung eines Gesetzes müssen die am politischen Prozess Beteiligten berücksichtigen, ob eine Vorlage vor einer Mehrheit bestehen kann.

Eine Untersuchung zeigt, was passiert, wenn Kantone dieses Vetorecht abschaffen (siehe auch NZZ vom 18. Mai 2026; die zugrundeliegende Analyse wird 2027 im «Journal of Law and Economics» erscheinen). Grundlage sind Daten zur kantonalen Regulierungsaktivität von 1908 bis 2020. Die institutionelle Veränderung ermöglicht einen Vergleich der Entwicklung der Regulierungsaktivität zwischen Kantonen mit und ohne Abschaffung des obligatorischen Gesetzesreferendums. Das Resultat: Nach dessen Abschaffung steigt die Zahl der jährlich geänderten Gesetzeserlasse im Durchschnitt um rund 50 Prozent.

Die höhere Aktivität verteilt sich nicht gleichmässig auf alle Rechtsgebiete. Sie beschränkt sich auf Bereiche, in denen eher Raum für die Bedienung enger Interessen besteht. In Gebieten, in denen solche Interessen weniger nahe liegen oder die Kantone nur geringe Zuständigkeiten haben, zeigen sich keine anhaltenden Zunahmen.

Die unterschiedlichen Auswirkungen über verschiedene Rechtsgebiete hinweg sprechen gegen die Interpretation, wonach das obligatorische Referendum lediglich die Gesetzesänderung verteuert. Wäre nur eine zusätzliche Verfahrenshürde entscheidend, müsste die Abschaffung die Aktivität über alle Rechtsgebiete hinweg erhöhen. Stattdessen gibt es Evidenz dafür, dass das Vetorecht eine selektive Wirkung entfaltet: Es wirkt vor allem in Rechtsgebieten, in denen tatsächlich Partikularinteressen bedient werden können. Ebenso wenig finden sich Hinweise darauf, dass das Referendum notwendige Änderungen bloss in andere Erlassformen, umfangreichere Gesetzespakete oder höhere Ausgaben verdrängt.

Verschiebung zur Exekutive

Das Instrument des Referendums greift auf Bundesebene gegenwärtig vorwiegend auf der Verfassungs- und Gesetzesstufe, nicht aber auf der darunterliegenden Verordnungsstufe, auf der die Regierung und die Verwaltung die Rechtsetzung prägen. Im langfristigen Vergleich hat die Legislative gegenüber der Exekutive an Gewicht verloren. Gewiss, das Parlament kann und muss technische Einzelheiten delegieren. Es verfügt weder über die Zeit noch über das Fachwissen, um jede Vollzugsfrage selbst zu regeln. Doch Delegation schafft Spielräume, die von der Regierung und der Verwaltung genutzt werden können. Gesetzlich bewusst offengelassene Fragen können nachträglich von der Verwaltung als Lücken behandelt und auf dem Verordnungsweg gefüllt werden. Zudem kann die Verwaltung ein Mandat weit auslegen und Regeln schaffen, die über die politische Absicht des Gesetzgebers hinausgehen. Dem Parlament stehen zwar Motionen und andere Instrumente zur Einflussnahme zur Verfügung. Ihr Einsatz ist jedoch sehr aufwendig, langsam und mit ungewissen Erfolgsaussichten verbunden.

Die Delegation kann aber auch aus politischer Bequemlichkeit erfolgen. Nicht die Verwaltung eignet sich Kompetenzen an, sondern das Parlament gibt sie freiwillig ab. Strittige Detailfragen wandern so aus dem sichtbaren parlamentarischen Verfahren in die weniger exponierte Umsetzung. Unangenehme Fragen werden damit nicht entschieden, sondern ausgelagert. Was auch immer die Motive sind, die Folge der Delegation bleibt dieselbe: Die Distanz zwischen dem Erlass einer Regel und der direkten politischen Kontrolle wächst.

> Vetorechte garantieren keine guten Entscheide. Doch sie erschweren Politik zugunsten enger Partikularinteressen und stärken die Rückbindung an breitere Mehrheiten.

Stärkung der Vetorechte

Wenn institutionelle Vetorechte wie das Referendum die Gesetzgebung verbessern können, liegt eine Erweiterung auf die Verordnungsebene nahe. Eine Möglichkeit wäre ein fakultatives Verordnungsreferendum für die Bevölkerung. Einige Kantone kennen weiter gefasste Referendumsrechte. Ein solches Instrument könnte auch Verordnungen einer direktdemokratischen Kontrolle unterstellen.

Falls die Verlagerung auf die Verordnungsebene auf ein vom Parlament ungewollt verändertes Kräfteverhältnis zurückzuführen ist, wäre eine Stärkung der parlamentarischen Einflussnahme angezeigt. Ein Verordnungsveto könnte einer parlamentarischen Minderheit, einer Kommission oder dem Plenum erlauben, eine Verordnung dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen. Entscheidend wäre, dass die Hürde tiefer läge als bei einer Motion, mit der nachträglich ein neuer politischer Prozess angestossen werden muss. Doch auch wenn es die Parlamentsmehrheit ist, die unangenehme Fragen zunehmend an Regierung und Verwaltung delegiert, wäre die Rückkopplung der Entscheidung an das Parlament fruchtbar. Sie würde es einer Parlamentsminderheit erlauben, das Plenum wieder sichtbar in die Verantwortung zu nehmen.

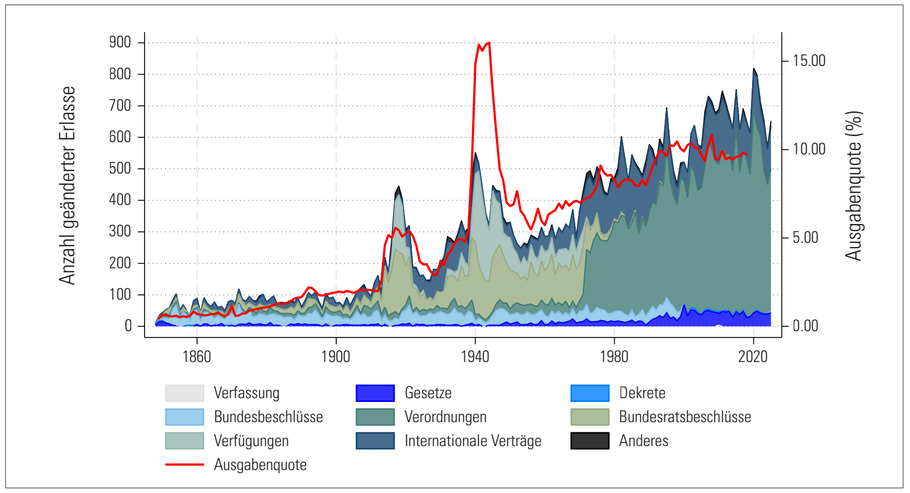
Die Wirkung beider Vetos bestünde wiederum nicht primär in ihrer häufigen Anwendung. Bereits die glaubwürdige Möglichkeit eines Eingriffs verändert die Anreize. Die Regierung und die Verwaltung müssten bei der Ausarbeitung stärker berücksichtigen, ob eine Verordnung vor der Bevölkerung und im Parlament Bestand hat.

Vetorechte garantieren keine guten Entscheide. Denn sie können Verfahren verlangsamen und Kosten verursachen. Ihr Nutzen liegt anderswo: Sie erschweren Politik zugunsten enger Partikularinteressen und stärken die Rückbindung an breitere Mehrheiten. Angesichts der wachsenden Bedeutung des Verordnungsrechts sollte diese Rückbindung nicht an der Gesetzesstufe enden.

Prof. Dr. Simon Lüchinger und Prof. Dr. Mark Schelker sind Professoren für Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Luzern und Freiburg.

Der regulatorische Fussabdruck hält mit den Staatsausgaben Schritt

Anzahl geänderter Erlasse im Verhältnis zur Ausgabenquote in der Schweiz von 1848 bis 2025



QUELLEN: AUFDATIERTE VERSION VON SIMON LÜCHINGER UND MARK SCHELKER (2016), REGULATION IN SWISS CANTONS: DATA FOR ONE CENTURY. CESIFO WORKING PAPER NO. 5663; THOMAS STUDER UND CHRISTOPH A. SCHALTEGGER (2025), DIE FINANZGESCHICHTE DER SCHWEIZ. VON DER GRÜNDUNG DES BUNDES BIS HEUTE, VERLAG HERDER; BUNDESAMT FÜR STATISTIK, BRUTTOINLANDSPRODUKT, LANGE SERIE, TABELLE T 04.02.01.08, VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNG; HISTORISCHE STATISTIK DER SCHWEIZ ONLINE (HSSO), TABELLE Q.1A: NOMINALES UND REALES BRUTTOINLANDPRODUKT UND NOMINALE BRUTTOWERTSCHÖPFUNG NACH BRANCHEN 1851–1913 (IN MIO. FRANKEN); FELIX A. ANDRIST, RICHARD G. ANDERSON UND MARCELA M. WILLIAMS (2000), REAL OUTPUT IN SWITZERLAND: NEW ESTIMATES FOR 1914–47. FEDERAL RESERVE BANK OF ST. LOUIS REVIEW, 82(3), MAI/JUNI 2000, S. 43-70.

Grafik: Simon Lüchinger und Mark Schelker

Im Zeitalter der Geoökonomie muss sich die Handelspolitik neu ausrichten

Arbeitsteilung ist eine der wichtigsten Quellen des Wohlstands. Doch sie schafft Abhängigkeiten, die sich als Waffe einsetzen lassen. Die Handelspolitik muss darauf eine Antwort finden – ohne den Freihandel preiszugeben.



Handel hinter Barrieren: Wenn wirtschaftliche Verflechtung zur Erpressung genutzt wird, prallt die Idee des freien Marktes auf die harte Realität der Sicherheitspolitik. ADOBE STOCK

GABRIEL FELBERMAYR

Ohne Produktivitätswachstum gibt es keinen dauerhaft steigenden Wohlstand. Eine der ergiebigsten Quellen von Produktivität ist die Arbeitsteilung: regional, national und international. Unternehmen und Volkswirtschaften spezialisieren sich auf jene Güter und Dienstleistungen, bei denen sie komparative Vorteile haben – den Rest kaufen sie zu oder importieren ihn. Weil Produktionsstätten in einer offenen Volkswirtschaft grösser sein können als unter Autarkie, lassen sich zudem Skalenerträge realisieren und Lernkurven ausschöpfen. Freihandel ermöglicht Spezialisierung und ist damit ein Motor des Wohlstands. Das galt zu den Zeiten von Adam Smith (1723–1790) und David Ricardo (1772–1823), und es gilt heute. Doch das Argument beruht auf Voraussetzungen, die man nicht als gegeben annehmen darf. Um sie geht es im Folgenden.

Arbeitsteilung ist zwangsläufig mit Risiken verbunden. Zwei Typen sind zu unterscheiden. Erstens können Handelspartner versuchen, mit Zöllen oder anderen handels- und währungspolitischen Instrumenten die Gewinne aus dem Handel zu ihren Gunsten umzuverteilen. Zweitens schafft Spezialisierung gegenseitige Abhängigkeit. Ist diese asymmetrisch, macht sie die schwächere Seite erpressbar.

Zolldilemma gelöst – im Prinzip

Das erste Problem ist so alt wie der Fernhandel selbst, und es ist im Kern fiskalischer Natur. Regierungen sind stets versucht, Importe oder Exporte zu besteuern, weil sich ein Teil der Last auf ausländische Produzenten oder Konsumenten überwälzen lässt. Für ein grosses Land, das seine Handelsbedingungen beeinflussen kann, lohnt sich ein Zoll unabhängig davon, was die anderen tun. Er ist eine dominante Strategie, solange kein durchsetzbarer internationaler Vertrag ihn verbietet. Adam Smith, schottischer Moralphilosoph und Begründer der klassischen Nationalökonomie, geisselte diese Logik als Politik, die darauf abzielt, die Nachbarn arm zu machen. Folgen ihr alle, landet die Welt in einem Gefangenendilemma: Die meisten Länder, wenn nicht alle, stehen schlechter da, als wenn alle auf Zölle verzichteten. Doch selbst in diesem Dilemma ist der Wohlstand höher als unter Autarkie – vorausgesetzt, Handelsbeziehungen werden freiwillig eingegangen und können freiwillig beendet werden. Wo diese Freiwilligkeit fehlt, wie im Kolonialismus, gelten die Sätze über die Handelsgewinne nicht.

Die Nachkriegsordnung hat dem opportunistischen Einsatz von Zöllen mit dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) einen Riegel vorgeschoben. Seine tragenden Prinzipien sind die Meistbegünstigung, also ein Diskriminierungsverbot, und die Reziprozität. Die Theorie, prominent die Arbeiten von Kyle Bagwell und Robert Staiger, zeigt, dass gerade diese beiden Prinzipien die Externalität der Handelsbedingungen neutralisieren und einen schrittweisen Ausweg aus dem Gefangenendilemma hin zu dauerhafter Kooperation eröffnen. Empirisch ist die handelsschaffende Wirkung des Gatt und seiner Nachfolgeorganisation, der Welthandelsorganisation (WTO), gut belegt.

Interdependenz als Waffe

Das zweite Problem, die Erpressbarkeit, ist ungleich schwieriger. Es stellt sich vor allem dort, wo sich Spezialisierungsmuster nur unter hohen Kosten ändern lassen. Wer nur einen Teil der benötigten Konsumgüter oder Vorleistungen selbst herstellt, ist auf Lieferungen angewiesen, die unterbrochen werden können. Ausländische Regierungen können solche Abhängigkeiten – auf der Importseite wie auf der Exportseite – nutzen, um politischen Zwang auszuüben, denn der «Partner» kann nicht ohne weiteres auf den Handel verzichten. Solche Eingriffe sind nie kostenlos, sie beschädigen die Arbeitsteilung. Aber die Kosten können asymmetrisch verteilt sein. Und anders als im Zolldilemma steht ihnen im zwangsausübenden Land ein erwarteter politischer Nutzen gegenüber. Auf die Instrumentalisierung von Interdependenz hat die WTO keine Antwort. Mehr noch: Neuere Forschung zeigt, dass das WTO-System keine Kooperation mehr hervorbringt, wenn Regierungen nicht den absoluten Wohlstand ihrer Bürger maximieren, sondern die relative Position ihres Landes in der globalen Machtverteilung.

Das Problem reicht noch tiefer. Es berührt die alte Frage, ob wirtschaftliche Verflechtung den Frieden fördert oder Konflikte wahrscheinlicher macht. Das politische Denken schwankt seit Jahrhunderten zwischen Montesquieus Idee des «doux commerce», der Frieden stiftet, und Hobbes' Diagnose, der natürliche und damit normale Zustand zwischen Staaten sei die Anarchie. Selbst Adam Smith, der die Vorzüge der Arbeitsteilung als Erster in voller Klarheit beschrieb, nannte die hochprotektionistische englische Navigationsakte die vielleicht weiseste aller Handelsregulierungen seines Landes. Sie verringere das Risiko, dass Holland die Seewege beherrsche und England ausbeuten oder gar militärisch bedrohen könne – Verteidigung sei eben wichtiger als Reichtum. Die moderne Spieltheorie stützt diese Intuition. Umfasst der Handlungsspielraum der Partner auch militärische Optionen, kann handelspolitische Kooperation in einem mehrstufigen Spiel unmöglich werden, weil asymmetrisch verteilte Handelsgewinne die Erfolgsaussichten eines künftigen Konflikts verschieben.

Daraus folgt: Wer Wohlstand durch internationale Arbeitsteilung will, muss den Schatten des Krieges bannen. Handel kann sich nur entfalten, wenn die Länder darauf vertrauen können, dass ihre Partner auf Erpressung oder gar Krieg verzichten, auch wenn dies kurzfristig opportun erscheint. Nur dann ist Handel frei im eigentlichen Sinn – in jeder Hinsicht freiwillig. Fehlt ein wohlwollender Hegemon, der diese Freiwilligkeit garantiert, wird es schwierig. Auch feierliche Zusagen von Regierungen können gebrochen werden, und das Völkerrecht hilft wenig, solange ihm ohne unumstrittene Ordnungsmacht die Durchsetzung fehlt.

> Handel kann sich nur entfalten, wenn die Länder darauf vertrauen können, dass ihre Partner auf Erpressung oder gar Krieg verzichten.

Resilienz als externer Effekt

Man muss aber gar nicht so weit gehen, um die klassischen Zielkonflikte der Handelspolitik neu zu bewerten. Auch in einer eng ökonomischen Betrachtung gehört das Risiko von Lieferunterbrüchen in jede vollständige Wohlfahrtsanalyse des Freihandels. Schon der vorübergehende Ausfall von Zulieferungen oder der Wegfall von Absatzmärkten erzeugt Schwankungen in Produktion und Konsum, und diese mindern die Wohlfahrt. Dagegen kann man sich versichern: Unternehmen können auf mehrere Lieferanten setzen und Lager für kritische Vorleistungen anlegen. Das ist teuer, und die privaten Anreize dafür reichen oft nicht aus. Denn Unternehmen internalisieren weder die systemischen Folgen ihrer Lieferbeziehungen noch deren Wirkung auf den aussenpolitischen Handlungsspielraum ihrer Regierung. Resilienz wird deshalb systematisch zu knapp bereitgestellt.

In einer Welt, in der machtpolitische Interessen Handelsbeziehungen in unfreiwillige Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse verwandeln können, gibt es daher wohlfahrtsökonomisch gut begründete staatliche Eingriffe in den Handel. Regierungen müssen der Entstehung marktverzerrender Monopol- oder Monopsonstellungen entgegentreten; das WTO-Recht stellt dafür Antidumping- und Ausgleichszölle bereit. Sie müssen sich gegen plötzliche Importschwemmen wehren können; dafür gibt es Schutzmassnahmen. Diese Instrumente dürfen nur unter strengen Bedingungen eingesetzt werden: Die Verzerrung muss nachgewiesen, der Schaden für die heimische Wirtschaft belegt sein. Das ist richtig so. Doch die Verfahren dauern oft zu lange, die Massnahmen zielen zu eng auf einzelne Produkte, und nur bestimmte Formen der Manipulation lassen sich WTO-konform adressieren. Hier besteht Reformbedarf.

Gegen machtpolitisch motivierte Partner helfen diese Instrumente ohnehin nicht. Wer nicht die eigene Wohlfahrt maximiert, sondern Macht, lässt sich nur abschrecken, wenn sich sein Kosten-Nutzen-Kalkül grundlegend dreht. Ein aktuelles Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim deutschen Wirtschaftsministerium schlägt dafür ein plurilaterales Resilienzabkommen vor. Dessen Mitglieder verpflichten sich zu gegenseitigem handelspolitischem Beistand: Wird eines von ihnen von einem Handelspartner regelwidrig unter Druck gesetzt, gilt das als Angriff auf das ganze System. Es entstünde eine Art Wirtschafts-Nato, faktisch eine partielle Zollunion: Im Innern herrscht Freihandel, nach aussen löst ein Regelbruch eine gemeinsame Reaktion aus.

Um bei kritischen Gütern ein Mindestmass an Diversifizierung zu sichern, sind marktkonforme Instrumente starren Diversifizierungsvorgaben für Unternehmen vorzuziehen. Denkbar sind etwa zollfreie bilaterale Kontingente, nach deren Ausschöpfung Importzölle greifen. So bleibt der günstigste Anbieter im Spiel, wird aber nicht zum einzigen. Solche Diversifizierungszölle würden idealerweise von den Mitgliedern des Resilienzabkommens gemeinsam verwaltet.

Im Zeitalter der Geoökonomie muss sich die Handelspolitik neu ausrichten, um Freihandel und Wohlstand zu verteidigen und Ausbeutung wie Erpressbarkeit zu verhindern. Leitlinie muss bleiben: möglichst freier Handel mit möglichst vielen Ländern.

Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD, ist Direktor des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Wien.

Wie die Finanzpolitik Innovation und Wachstum beeinflusst

Besteuerung und Vermögensbildung: Europa wächst zu langsam. Eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik sollte Arbeit, Bildung sowie das Unternehmertum stärken – und Kapital erst dann besteuern, wenn Erträge tatsächlich realisiert werden.



Europa braucht ein Steuersystem, das Investitionen, Unternehmertum und Vermögensbildung begünstigt statt hemmt. ADOBE STOCK

DANIEL WALDENSTRÖM

Europa hat viele Gründe, stolz zu sein. Die Menschen geniessen einen hohen Lebensstandard, haben breiten Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung und sind durch Sozialversicherungen gegen die schwerwiegendsten Lebensrisiken abgesichert. Doch es gibt Anzeichen einer Stagnation. Europa ist im Wettlauf um künstliche Intelligenz (KI) und digitale Dienstleistungen nicht führend – und inzwischen nicht einmal mehr im Automobilbau.

Auch beim Wirtschaftswachstum fällt Europa mittlerweile zurück. In den 1990er Jahren wuchs Westeuropas Wirtschaft real um etwa 2 Prozent pro Jahr. In der ersten Hälfte der 2020er Jahre waren es im Durchschnitt nur noch rund 0,7 Prozent. Die Vereinigten Staaten wachsen dagegen mit etwa 1,8 Prozent, während die neueren EU-Mitgliedstaaten in Osteuropa weiter aufholen und derzeit ein jährliches Wachstum von rund 3 Prozent verzeichnen.

Im gleichen Zeitraum haben sich die Steuern in die entgegengesetzte Richtung entwickelt. Westeuropa weist die höchste Steuerquote der Welt auf. Und diese steigt weiter: von etwa 37 Prozent des Bruttoinlandprodukts in den 1990er Jahren auf heute rund 40 Prozent. In den Vereinigten Staaten liegt die Quote bei etwa 26 Prozent und ist über die vergangenen dreissig Jahre stabil geblieben. Auch in Osteuropa bewegt sie sich seit Langem auf einem stabilen Niveau von rund 34 Prozent.

Wachstum entsteht nicht von allein

Der Kontinent, der so viele der weltweit führenden Industriebetriebe hervorgebracht hat, muss sich fragen, ob seine Institutionen noch immer die Voraussetzungen dafür schaffen, dass neue Unternehmen entstehen und wachsen können und dass sich die Menschen ausbilden und mit harter Arbeit ein gutes Leben aufbauen können. Welche Rolle spielen Steuern und Regulierung in dieser Debatte? Wie wirken sich Steuern auf Arbeit, Investitionen und letztlich auf den Wohlstand der Bevölkerung aus?

Einfache Antworten gibt es nicht. Gut finanzierte öffentliche Dienstleistungen stärken die Marktwirtschaft, und die Länder unterscheiden sich in ihren Präferenzen hinsichtlich Umverteilung und sozialer Absicherung. Gleichzeitig beeinflussen Steuern die Anreize, hart zu arbeiten und Unternehmen zu führen – und damit das Wirtschaftswachstum. Eine allgemeine Regel darf dabei nicht vergessen gehen: Einkommen und Gewinne entstehen immer vor ihrer Besteuerung, nicht umgekehrt. Wachstum stellt sich nicht von selbst ein. Es entsteht durch Menschen, die Unternehmen gründen, Risiken eingehen und investieren, häufig mit Geld, das sie auch anders hätten verwenden können. Wer Steuern schätzt, sollte deshalb auch Einkommen und Gewinne schätzen.

Die Besteuerung von Kapital spielt dabei eine besondere Rolle. Eine produktive Volkswirtschaft braucht Menschen, die bereit sind, zu sparen und Mittel in Projekte mit ungewissem Ausgang hineinzustecken. Unternehmer investieren oft jahrelang, bevor eine Firma Gewinne erwirtschaftet. Ist sie erfolgreich, kann sie später hohe Renditen erzielen – sie kann aber auch scheitern oder irgendwo dazwischen stecken bleiben. All dies bedeutet, dass sich der Wert eines jungen Unternehmens häufig nicht verlässlich bestimmen lässt. Kapitalsteuern müssen dieser Realität Rechnung tragen. Eine zentrale Schlussfolgerung lautet deshalb, Kapitaleinkommen dann zu besteuern, wenn es realisiert wird, statt unsichere Buchwerte als verlässlich bewertbare und liquide Steuerbemessungsgrundlage zu behandeln.

Die Tücken der Vermögenssteuer

In jüngster Zeit wurden vor allem in den Vereinigten Staaten angesichts des rasanten Anstiegs privater Vermögen, insbesondere der Milliardenvermögen, Forderungen nach einer jährlichen Vermögenssteuer laut. Ihre Befürworter argumentieren, sie sei eine verlässliche Einnahmequelle, sorge für wirksame Umverteilung und bilde ein Bollwerk gegen die Gefährdung der Demokratie durch den Einfluss des Geldes. Doch Forschung und Wirklichkeit zeichnen ein anderes Bild.

Früher besteuerten alle westlichen Länder Vermögen und Erbschaften. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts hatten Regierungen von links bis rechts jedoch die gravierenden Nachteile erkannt: eine geschwächte unternehmerische Tätigkeit und sinkende Steuereinnahmen. Ein grundlegender Konstruktionsfehler der Vermögenssteuer liegt in der Bewertung der Steuerbemessungsgrundlage. Viele Vermögenswerte, etwa Anteile an Unternehmen in privater Hand, werden nur selten gehandelt; ihr Marktwert ist deshalb unsicher. Der zweite Schwachpunkt betrifft die Liquidität.

Die Vermögenssteuer erfasst angenommene statt tatsächlich erzielte Erträge. Eigentümer müssen daher unter Umständen Kredite aufnehmen, Dividenden ausschütten oder sogar Anteile verkaufen, um die Steuer zu bezahlen. Das erhöht die effektive Steuerbelastung, weil der Verkauf von Anteilen oder die Ausschüttung von Dividenden zusätzliche Steuern auslösen kann, und kann unbeabsichtigte Veränderungen in der Unternehmensführung nach sich ziehen. Für Startups kann die Vermögenssteuer verheerend sein, da ihr Wert auf dem Papier lange vor dem ersten Gewinn steigen kann. In wirtschaftlichen Abschwüngen, wenn die Unternehmen ohnehin unter Druck stehen, können die Folgen existenzbedrohend sein.

Das ist keineswegs ein Plädoyer dagegen, Kapital oder vermögende Menschen zu besteuern. Ganz im Gegenteil: Staaten können und sollen erhebliche Steuereinnahmen aus Kapital und von wohlhabenden Personen erzielen. Die entscheidende Botschaft lautet vielmehr, die Erträge aus Vermögen zu besteuern und nicht das Vermögen selbst. Unternehmensgewinne, Dividenden, Zinsen, Mieteinnahmen und realisierte Kapitalgewinne sind beobachtbare Grössen. Ihre Besteuerung wirkt dem Konjunkturzyklus entgegen und stellt stets sicher, dass die Steuer aus tatsächlich erzielten Einkommen bezahlt werden kann. In den OECD-Ländern entfällt der überwiegende Teil der Steuereinnahmen aus Vermögen auf Kapitaleinkommenssteuern – schlicht, weil sie akzeptiert werden und gut funktionieren. Steuersätze und Progression sind politische Entscheidungen, solange dabei der Unterschied zwischen Vermögenswerten, die eines Tages möglicherweise einen Ertrag abwerfen, und bereits realisierten Kapitaleinkommen anerkannt wird.

Trotzdem entfernen sich einige neuere Vorschläge zur Kapitalbesteuerung noch weiter von grundlegenden Prinzipien und den Erfahrungen der Vergangenheit. Dazu gehören Forderungen, unrealisierte Gewinne zu besteuern oder die Gewinne von Unternehmen so zu behandeln, als wären sie persönliches Einkommen ihrer Eigentümer, um den Wert bereits vor einer Ausschüttung steuerlich zu erfassen. Solche Massnahmen würden jedoch die Bewertungs- und Liquiditätsprobleme der Vermögensbesteuerung verschärfen, insbesondere bei hoch bewerteten Unternehmen mit geringen verfügbaren Geldmitteln. Die Trennung zwischen einer Firma und ihren Eigentümern zu verwischen, ist keine technische Nebensächlichkeit. Diese Trennung bildet vielmehr eine Grundlage für die Rolle, die Unternehmen dank Verträgen, beschränkter Haftung und Geschäftsführung spielen.

Die Vorschläge für Vermögenssteuern spiegeln eine Sichtweise wider, die man als «Ex-post-Ökonomie» bezeichnen könnte: Erfolgreiche Unternehmen werden als feststehende Vermögensmasse betrachtet, die sich im Nachhinein einfach aufteilen lässt. Aus ökonomischer Sicht ist Vermögen jedoch nicht einfach vorhanden. Es entsteht durch Experimentieren, Risikobereitschaft und Arbeit, oft über viele Jahre hinweg. Besteuerung ist in jeder modernen Gesellschaft notwendig. Sie setzt der Privatwirtschaft aber auch Grenzen und schwächt damit eine der vielleicht wichtigsten institutionellen Grundlagen langfristiger wirtschaftlicher Entwicklung – gesicherte private Eigentumsrechte.

Vier Beispiele für eine dynamische Wirtschaft

Wie sieht also eine pragmatische Steuerpolitik aus, die Vermögensbildung und Wachstum fördert? Vier Lehren geben Hinweise:

■ Der schwedische Kapitalmarkt und der florierende Technologiesektor des Landes gelten häufig als Vorbild für Europa. Forschungsergebnisse legen nahe, dass dieser Erfolg nicht auf ein besonders grosses Angebot an Risikokapital zurückzuführen ist – solche Mittel fliessen ohnehin bereits weitgehend ungehindert über Landesgrenzen hinweg. Vielmehr scheint Schwedens Erfolg auf dem Zusammenspiel eines Booms bei Technologie-Startups und früh verfügbarer Finanzierungsquellen zu beruhen, darunter Ersparnisse der Gründer und Kapital von Business Angels. Studien heben Kapitalsteuerreformen der 2000er Jahre als wichtige Triebkräfte hervor, insbesondere die Abschaffung der Erbschafts- und Vermögenssteuern sowie den Aufschub der Besteuerung realisierter Kapitalgewinne, solange diese in Unternehmen verbleiben und für Investitionen in andere Startups verwendet werden. Zusammen mit der breiten Beteiligung der Haushalte an den Aktienmärkten haben diese Steuerreformen die schwedischen Kapitalmärkte und das unternehmerische Ökosystem gestärkt.

■ Mitarbeiteraktienoptionen sind ein zentraler Bestandteil der Vergütungssysteme der meisten Technologieunternehmen und jungen Firmen. Sie entschädigen Mitarbeitende dafür, dass sie heute einen tieferen Lohn akzeptieren und im Gegenzug an einem möglichen künftigen Erfolg beteiligt werden. So helfen sie jungen Unternehmen, Talente zu gewinnen, ohne ihre knappen Mittel aufzubrauchen. Deshalb ist es wichtig, diese Optionen nicht schon vor der Realisierung des Erfolgs hoch zu besteuern. Ein Steuersystem, das Lohnsteuern auf einen hypothetischen Optionswert erhebt, kann dieses Modell zunichtemachen, bevor das Unternehmen überhaupt über die nötigen liquiden Mittel verfügt.

■ Die Finanzpolitik ist auch darüber hinaus von Bedeutung. Schweden und Dänemark zeigen, dass solide öffentliche Finanzen eine dynamische Wirtschaft unterstützen können, statt sie zu behindern. Nach ihren Krisen in den 1990er Jahren führten beide Länder strenge Haushaltsregeln, Ausgabenobergrenzen und verbindliche Schuldenrichtwerte ein. Das einheitliche schwedische Budgetverfahren zwingt die Regierungen ausserdem, über den Haushalt als Ganzes zu entscheiden, statt jeden einzelnen Posten isoliert auszuhandeln. Heute können beide Länder auf eine lange Geschichte ausgeglichener Haushalte zurückblicken und weisen Staatsschuldenquoten von rund 35 Prozent des Bruttoinlandprodukts auf – deutlich weniger als Deutschland mit 63 Prozent, Frankreich mit 120 Prozent oder das Vereinigte Königreich mit 95 Prozent.

■ Schliesslich muss jedes wachstumsorientierte Steuersystem Bildung und Erwerbsarbeit fördern. Dabei geht es nicht nur um Effizienz. Wenn erwerbstätige Haushalte Fähigkeiten erwerben und beruflich vorankommen, können sie durch Sparen Vermögen für Wohneigentum und das Alter aufbauen. Damit verteilt sich auch das Eigentum auf breitere Bevölkerungsschichten, und die Menschen am unteren Ende der Vermögensverteilung werden gestärkt. Die überzeugendste Antwort auf die Sorge über ungleich verteiltes Vermögen besteht daher nicht darin, erfolgreichen Unternehmern und Kapitaleigentümern die Vermögensbildung zu erschweren. Vielmehr gilt es, mehr Menschen die Teilhabe daran zu ermöglichen.

Diese Lehren lassen sich in zwei Punkten zusammenfassen. Erstens brauchen Länder auf der allgemeinen finanzpolitischen Ebene solide öffentliche Finanzen. Zu den zentralen Elementen gehören ausgeglichene Haushalte und ausdrücklich verankerte Schuldenobergrenzen. Zweitens sollte sich die Kapitalbesteuerung auf die Erträge aus Vermögen konzentrieren, nicht auf dessen geschätzten Buchwert oder angenommene Renditen. Symbolische Steuern auf Vermögen und Erbschaften haben in der Praxis nie funktioniert. Sie schwächten die Investitionsanreize erheblich und brachten zahlreiche praktische Probleme mit sich. Deshalb höhlten Regierungen von links bis rechts diese Steuern schliesslich aus oder schafften sie in den meisten Fällen ganz ab. Pragmatische, wachstumsfördernde Kapitalsteuern sind dagegen Steuern auf Kapitaleinkommen wie Gewinne, Zinsen und Dividenden.

Europas derzeitiger Wachstumspfad ist im Vergleich zur Entwicklung in den Vereinigten Staaten und anderen Teilen der Welt zu flach. Eine wichtige Erklärung für diese schwache Leistung liegt in der europäischen Steuerpolitik. Reformen sollten die egalitären Ansprüche des Kontinents und seine effiziente Organisation der Steuererhebung bewahren, zugleich aber die steuerlichen Anreize für Bildung und harte Arbeit stärken. Erfolgreiches Unternehmertum zu fördern und das Eigentum unter erwerbstätigen Haushalten breiter zu streuen, führt zu einem wirtschaftlichen Kuchen, der nicht nur grösser ist, sondern auch gleichmässiger verteilt wird.

Europas Staaten sollten die Erträge aus Vermögen besteuern – nicht das Vermögen selbst.

Prof. Dr. Daniel Waldenström ist Professor für Volkswirtschaftslehre am Research Institute of Industrial Economics (IFN) in Stockholm und Autor von «Richer and More Equal: A New History of Wealth in the West».

Die Ökonomie der Kettensäge

Javier Mileis radikaler Umbau der argentinischen Wirtschaft widerlegt eine verbreitete Annahme: Wo der Status quo wenige schützt und viele belastet, schaffen Reformen rasch Gewinner. Der Bericht eines Mitarchitekten.

FEDERICO STURZENEGGER

Argentinien stand im Dezember 2023 wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand. Die Inflation war ausser Kontrolle geraten, das Land hatte über Jahre an Wohlstand verloren, und immer mehr junge, gut ausgebildete Argentinier wanderten aus. In dieser Lage gewann Javier Milei die Präsidentenwahl mit einem Programm, das radikaler kaum hätte sein können. Sein Symbol war die Kettensäge, die er im Wahlkampf tatsächlich schwang. Was wie Provokation wirkte, wurde nach dem Amtsantritt binnen Tagen zum Regierungsprogramm: Staatsausgaben kürzen, Defizit beseitigen und ein über Jahrzehnte gewachsenes Geflecht von Regeln und Privilegien abbauen.

Das Tempo war aussergewöhnlich hoch. Bereits im ersten vollen Regierungsmonat wurden die Staatsausgaben um rund 5 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) reduziert. Zehn Tage nach seiner Vereidigung erliess Milei ein umfassendes Deregulierungsdekret, weitere zehn Tage später folgte ein grosses Reformgesetz.

Damit stellt die argentinische Erfahrung eine verbreitete Annahme infrage: Reformen gelten gemeinhin als schmerzhaft. Wer Staatsausgaben kürzt, Märkte öffnet oder Privilegien abbaut, verursacht demnach zunächst Kosten und kann erst später auf Erträge hoffen. Doch was, wenn diese Logik nicht immer gilt? Was, wenn Reformen der breiten Bevölkerung nicht primär Lasten auferlegen, sondern ihr unmittelbar zugutekommen?

Wann es teuer wird

In vielen Volkswirtschaften wuchert über die Jahre ein Dickicht aus Regeln, Subventionen, Vergünstigungen und Sonderrechten, von dem viele schlagkräftig organisierte Gruppen profitieren. Die Kosten dagegen verteilen sich auf Millionen Konsumenten und Steuerzahler. Wer von einer Regel stark profitiert, kämpft für ihre Erhaltung – wer nur wenig dafür bezahlt, organisiert sich kaum dagegen. So halten sich Privilegien lange, selbst wenn sie die Gesellschaft als Ganzes teuer zu stehen kommen.

In Argentinien war daraus über Jahrzehnte eine eigentliche Status-quo-Gesellschaft geworden. Marktzutritte waren durch Lizenzen eingeschränkt, einzelne Branchen genossen Steuervergünstigungen, der Handel wurde durch Zölle, diverse Handelshemmnisse und Bürokratie erschwert – das Land zählte zu den am stärksten abgeschotteten Volkswirtschaften der Welt. Weil viele dieser Privilegien gesetzlich verankert waren, liessen sie sich nur schwer rückgängig machen.

Genau hier setzt die Kettensägen-Strategie an. Wenn die bestehenden Regeln vor allem einzelne Gruppen schützen und die Kosten auf die Allgemeinheit abwälzen, dann kann ihre Abschaffung der breiten Bevölkerung rasch spürbare Gewinne verschaffen.

Das deutlichste Beispiel liefert die Fiskalpolitik. Den Ausgabenkürzungen von rund 5 Prozent des BIP stand eine Entlastung der Bevölkerung in ähnlicher Grössenordnung gegenüber. Die formellen Steuern sanken um etwa 2,5 Prozent des BIP. Hinzu kam der Wegfall jener verdeckten Last, die zuvor durch die Finanzierung des Defizits über die Notenpresse entstanden war: die Inflationssteuer – sie wurde abrupt gestoppt.

Wie dramatisch die Ausgangslage war, zeigt die Preisentwicklung. Im Dezember 2023 betrug die monatliche Inflation 25 Prozent, die Jahresteuerung lag bei 211 Prozent. Danach stieg die Jahresrate zunächst weiter an, bevor sie deutlich zurückging. Im April 2026 lag sie bei 32,4 Prozent. Den Rückgang der Inflation spürten ärmere Haushalte besonders – die Inflationssteuer hatte vor allem sie getroffen. Nach einem anfänglichen Anstieg ging später auch die Armutsquote deutlich zurück.

Ein zweites Beispiel liefert die Telekommunikation. Am zehnten Tag seiner Regierung hob Milei das Verbot von Satelliteninternet auf. Zwei Jahre später nutzten beinahe drei Millionen Menschen solche Angebote. Das entspricht rund 7 Prozent der Bevölkerung.

Ähnlich die Situation auf dem Mietmarkt. Zuvor hatten Mietkontrollen das Angebot stark verknappt, weil Eigentümer ihre Wohnungen vom Markt nahmen. Nach ihrer Abschaffung liessen sich Vertragsdauer, Währung und weitere Bedingungen wieder frei vereinbaren. Innerhalb weniger Wochen stieg das Angebot an Mietwohnungen um fast 300 Prozent, die realen Mieten fielen um etwa 30 Prozent.

Solche unmittelbaren Verbesserungen sind für die politische Logik der Reform zentral. Wer einen konkreten Nutzen erlebt, sieht in der Deregulierung kein abstraktes Konzept mehr. Und je schneller Vorteile sichtbar werden, desto schwerer lässt sich eine Reform wieder zurückdrehen.

Warum Tempo zählt

Schrittweise vorgehen oder möglichst vieles auf einmal ändern? Die argentinische Erfahrung spricht für Tempo. Wer langsam vorgeht, lässt jenen, die vom bestehenden System profitieren, Zeit, sich zu formieren und weitere Schritte zu blockieren. Werden dagegen viele Privilegien gleichzeitig beseitigt, nehmen die Betroffenen den Wandel als grundlegenden Kurswechsel wahr und nicht als Angriff auf eine einzelne Branche. Geschwindigkeit und Überraschung sind damit selbst Teil der Strategie.

Reformen verändern dabei nicht nur Preise und Wettbewerbsbedingungen, sondern verschieben auch wirtschaftliche und politische Machtverhältnisse. Wer seine geschützte Stellung verliert, verfügt über weniger Mittel, um den alten Zustand politisch zu verteidigen. Das zeigt sich beispielsweise an den Sozialtransfers. Vor Mileis Amtsantritt flossen die Hilfen an arme Haushalte über sogenannte soziale Organisationen. Die Regierung begann, das Geld direkt an die Begünstigten auszuzahlen, und entzog den Zwischenorganisationen so ihre finanzielle und damit politische Schlagkraft. Der eigentliche Widerstand gegen Reformen kommt daher oft nicht aus der breiten Bevölkerung, sondern von jenen Akteuren, die am stärksten von klientelistischen Strukturen profitieren.

Radikale Reformen lassen sich allerdings nicht improvisieren. Die Vorbereitung begann rund zwei Jahre vor Mileis Wahlsieg. An der Universidad de San Andrés wurden rund 4200 Gesetze gesichtet, die das Wirtschaftsleben regelten. Jedes dieser Gesetze wurde einer von drei Kategorien zugeordnet: abschaffen, ändern oder unverändert beibehalten. Die Leitfrage war nicht, wie sich eine Regel modernisieren liesse, sondern ob es sie überhaupt braucht.

Auch die Arbeitsweise war ungewöhnlich. Keine langen Diagnosepapiere, keine Sitzungen – wer mitarbeitete, lieferte konkrete Gesetzestexte mit fertig eingearbeiteten Änderungen. So wuchsen zwei Stapel: Gesetze, die gestrichen werden sollten, und solche, deren Neufassung bereits ausformuliert war. Als Milei die Präsidentschaft übernahm, lagen beide bereit. Das erklärt einen Teil des Tempos nach dem Amtsantritt.

Später bezog die Regierung auch Bürger und Unternehmen in den Reformprozess ein. Sie konnten hinderliche Vorschriften melden. Die Resonanz war so gross, dass ein eigener Kanal eingerichtet werden musste. Nach zwei Jahren waren rund 15 000 rechtliche Beschränkungen wirtschaftlicher Aktivität beseitigt.

Zum Reformtempo kam eine neue Form der politischen Kommunikation. Vor 30 Jahren waren Regierungen weit stärker auf klassische Medien angewiesen, zu denen organisierte Interessengruppen leichter Zugang hatten als die breite Bevölkerung. Heute können Reformen und ihre Folgen unmittelbar vermittelt und öffentlich kommentiert werden. Millionen Konsumenten können ihre Erfahrungen sichtbar machen. Gerade wenn der Nutzen einer Reform breit gestreut ist, kann das das politische Kräfteverhältnis verändern.

Milei nutzte diese Möglichkeit systematisch. Deregulierungen wurden nahezu täglich verkündet und vom Präsidenten unmittelbar über soziale Medien aufgegriffen und verstärkt. Das erschwerte es Behörden und Interessengruppen, Massnahmen geräuschlos auszubremsen, und erhöhte zugleich für die Regierung die politischen Kosten eines Rückziehers.

Die Sprache war bewusst konfrontativ. Milei stellte dem «hart arbeitenden Bürger» die «Kaste», das «Establishment» und den «Status quo» gegenüber. Diese Zuspitzung erfüllte eine klare politische Funktion: Sie bündelte Tausende technischer Einzelmassnahmen zu einer verständlichen Erzählung – Deregulierung nicht als technokratische Verordnung von oben, sondern als gemeinsame nationale Anstrengung.

Die Ergebnisse zählen

Bleibt die entscheidende Frage: Wie werden Reformen dauerhaft? Die argentinische Strategie setzte zunächst bewusst nicht auf neue institutionelle Regeln wie Schuldenbremsen oder eine unabhängigere Zentralbank. Nach Jahrzehnten politischer Instabilität hätten neue Versprechen allein kaum Glaubwürdigkeit geschaffen. Das Kalkül war vielmehr: Ein realer Fiskalüberschuss und sichtbar umgesetzte Deregulierung schaffen mehr Vertrauen als Regeln, die entsprechende Ergebnisse erst für die Zukunft versprechen. Für Argentinien galt damit eine einfache Formel: Die Menschen müssen sehen, bevor sie glauben. Institutionelle Absicherungen rückten erst später in den Vordergrund. Vorschläge für mehr Zentralbankunabhängigkeit und neue Fiskalregeln folgten erst im dritten Regierungsjahr.

Die argentinische Erfahrung ist kein Rezept, das sich mechanisch auf andere Länder übertragen lässt. Entwickelte Volkswirtschaften dürften weniger ausgeprägte Privilegienstrukturen aufweisen – entsprechend geringer können dort die unmittelbaren Gewinne von Reformen ausfallen.

Doch eine Lehre reicht über Argentinien hinaus: Wirtschaftspolitische Reformen müssen nicht zwangsläufig mit einer langen Phase des Leidens beginnen. Wo der Status quo wenige schützt und viele belastet, kann das Gegenteil gelten. Dann ist Tempo nicht bloss ein Risiko, das es zu begrenzen gilt. Es kann selbst Teil der Reformstrategie sein.

Prof. Dr. Federico Sturzenegger, mit Schweizer Wurzeln, ist Minister für Deregulierung und Staatstransformation Argentiniens und Professor an der Universidad de San Andrés.



Javier Milei schwingt an einer Wahlkampfveranstaltung in La Plata am 12. September 2023 eine Kettensäge – drei Monate später wird er als neuer Präsident Argentiniens vereidigt. AP PHOTO/NATACHA PISARENKO

Wer langsam reformiert, gibt den Profiteuren des alten Systems Zeit, sich neu zu formieren.



Jürg Staub, Christof und Remy Reichmuth (v.l.), unbeschränkt haftende Gesellschafter.

In guten Händen.

- **Integrale Vermögensverwaltung**
- **Pionier in Vorsorgelösungen**
- **Direkte Infrastrukturanlagen**

Lernen Sie uns kennen:

REICHMUTH & CO
PRIVATBANKIERS